

## Forschungsberichte und Rezensionen



Stephanie Decker

## Dekolonisation der Wirtschaft?

### Wirtschaftsnationalismus in Afrika nach 1945

In den letzten Jahrzehnten hat die anglo-amerikanische Forschung zu den Ursachen und Auswirkungen der Dekolonisation stark zugenommen. Neben den Debatten über die Bedeutung der Kolonialreiche für die Metropolen, insbesondere Großbritannien und Frankreich, ist dabei auch der Prozess innerhalb der Kolonien und die Rolle der internationalen Politik in den Mittelpunkt gerückt. Wirtschaftliche Fragen sind dagegen häufig ausgeklammert worden. Dabei spielte die wirtschaftliche Konjunktur für die afrikanische Staatswerdung eine maßgebliche Rolle, wurden Instabilität und unvollendete Reformen durch Rezessionen und Strukturschwächen verstärkt. Die Wechselwirkungen zwischen Unternehmen, Wirtschaft und Politik ist erst in den letzten Jahren von Historikern wiederentdeckt worden. Dies ist umso erstaunlicher, da das erste englischsprachige Standardwerk zum Imperialismus, J. A. Hobsons Studie von 1902, die Kolonialreiche als eine Folge von wirtschaftlichem Druck und industrieller Einflussnahme interpretierte.<sup>1</sup> Die historische Forschung wurde jedoch häufig von einem Primat der Politik geleitet, und überließ wirtschaftliche Themen den verwandten Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften oder auch der Entwicklungszusammenarbeit. Daher hat es bis heute nur wenige Studien gegeben, die sich mit der Bedeutung der Dekolonisation in Afrika für die Wirtschaft und ihren langfristigen Folgen auseinandersetzen. Dies wird außerdem erschwert durch die Vielzahl der Ansätze, die in anderen Disziplinen verwandt werden und die die Geschichte oft nur sehr oberflächlich in ihre Analysen mit einbeziehen. Und so verbleibt die Dekolonisation als ein nebulöses Hintergrundereignis, wenn die Art und Weise der gegenwärtigen Einbindung Afrikas in die Weltwirtschaft diskutiert wird.

Dieser Forschungsbericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Studien, die sich im weitesten Sinne mit der Thematik der Dekolonisation und ihren wirtschaftlichen Aspekten beschäftigt (im ersten Teil) und mit dem Phänomen des Wirtschaftsnationalismus (im zweiten Teil), insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, mit Bezug auf Afrika. Hierbei sei darauf hingewiesen, dass Nationalismus in Afrika eher dem europäischen Nationalismus des 20. Jahrhunderts gleicht; die Verwendung der Begriffe »Nationalismus« und »nationalistisch« ist nicht im Sinne faschistischer oder rassistischer Bewegungen gemeint. Im Vergleich dazu ist Wirtschaftsnationalismus ein relativ schlecht definierter Begriff, der sich im Wesentlichen auf einen Katalog von Maßnahmen bezieht, mit dem der Staat in das Privatkapital eingreift mit dem Ziel, das Eigentum und die Kontrolle darüber an nationale (staatliche wie nicht-staatliche) Akteure zu übertragen. Diese Maßnahmen richten sich gegen Ausländer, Minoritäten und solche Gruppen, die mit diesen »kollaborieren«. Wirtschaftsnationalismus folgt also der Logik des politischen Nationalismus, der versucht, eine »nationale« Gemeinschaft zu definieren, indem er externe und interne »Fremde« ausschließt und damit die »Nation« durch die Mobilisierung gegen diese Außenseiter eint.

Wirtschaftsnationalismus bezieht sich hier im Besonderen auf eine weltweite Welle von Enteignungen von Privatfirmen, die in den späten Sechziger- und Siebzigerjahren zunahm. Dabei werden Enteignungen gerne mit Nationalisierungen gleichgesetzt, aber bisherige Forschung hat oft nur unzureichend thematisiert, dass es unter diesem Stichwort sehr unterschiedliche Formen gibt. Meistens wurde nur ein Anteil des Firmenkapitals verstaat-

---

1 John Atkinson Hobson, *Imperialism: A Study*, London 1902.

licht, und dies war häufig weniger als die Hälfte. In Afrika fanden die meisten Enteignungen in der Form von sogenannten Indigenisierungen statt: Afrikanische Privatleute und Institutionen kauften Anteile an Firmen, und der Prozentsatz, der nationalen Eigentümern gehören musste, wurde gesetzlich festgelegt (eine ähnliche Regelung ist zurzeit in Südafrika in Kraft, bei der Firmen mit einem hohen Prozentsatz an schwarzen Anteilseignern Vorzüge genießen). In einigen Fällen, besonders in kleinen bis mittelständischen Firmen, die Minoritäten wie Indern (besonders in Ostafrika) und Libanesen (Westafrika) gehörten, bedeutete Indigenisierung, dass sie ihren gesamten Betrieb an Afrikaner abtreten mussten (oder die Staatsbürgerschaft des betreffenden Landes annahmen).

Die »Dekolonisation der Wirtschaft« ist damit ein Schlagwort der politischen Auseinandersetzung geworden, in der Propaganda und theoretisch unausgereifte Ansätze ein Verständnis der Problematik eher verstellen denn erhellen. Hier wird der Begriff verstanden als die wirtschaftlichen Folgeerscheinungen der Dekolonisation. An diesem Thema gab es ein relativ großes Interesse in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren, aber seitdem ist es als Forschungsgegenstand weitestgehend ignoriert worden, im Gegensatz zu Themen wie dem Imperialismus oder der politischen Dimension der Dekolonisation.

Die historische Erforschung des britischen Empire hat hingegen in den letzten Jahrzehnten von großem Forschungsinteresse profitiert. So wurden zwei wichtige Meilensteine gesetzt mit dem fünfbandigen Handbuch »Oxford History of the British Empire« und einer Sammlung von Archivmaterial des Nationalarchivs in Kew, London, »British Documents on the End of Empire«, die die Dekolonisation sowohl von zentral-britischer Seite wie auch periphär-kolonialer Seite verfolgen.<sup>2</sup> Während dies schon zu Warnungen führte, dass Forschungsfelder nach der Herausgabe maßgeblicher Handbücher und Archivalsammlungen oft der Stagnation anheimfallen, scheint es, dass das Interesse an Kolonialthemen in Großbritannien und auch den USA indes anhält oder noch weiter wächst. Das ist nicht zuletzt der Reizwirkung des Wortes »Empire« zu verdanken, das in populärwissenschaftlichen Studien gerne sehr umfassend definiert wird. So verhält es sich zum Beispiel in Michael Hardts und Antonio Negris »Empire«, die argumentieren, dass die USA, mit einigen Einschränkungen, ein modernes »Empire« darstellen.<sup>3</sup> Obwohl diese Erweiterung des Begriffes Empire Gefahr läuft, die Definition bis zur Belanglosigkeit zu strecken, hat sie Interesse an historischen Kolonialthemen geweckt.

Andererseits hat die Globalisierung dem Wissen um nicht-westliche Geschichte eine neue Relevanz und Dringlichkeit verliehen. Dahinter steckt auch die Angst vor dem Verlust der wirtschaftlichen Vormachtstellung der westlichen Welt, die durch den Aufstieg Chinas und Indiens wie auch anderer Länder, die als BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zusammengefasst werden, zunehmend in Frage gestellt wird. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb ein erneutes Interesse am Ende der Kolonialherrschaft besteht: Sie bietet eine Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern sowie den Industrienationen aus ihrer gemeinsamen Geschichte heraus zu verstehen. Und in vielen Fällen (wenn auch nicht in allen) basiert diese Geschichte auf imperialen Verhältnissen.

Aus diesem Grund wird die Dekolonialisierung Afrikas und Asiens als eine grundlegende Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts erachtet, und in konstitutioneller und politischer Hinsicht ist dies auch ohne Zweifel gerechtfertigt. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und die Einbindung des Kontinents in die Weltwirtschaft hat schon Frederick Cooper argumentiert, dass der maßgebliche Umbruch tatsächlich erst in den Siebzigerjahren stattfand.<sup>4</sup> Ebenso kann argumentiert werden, dass ein nachhaltiger

2 *Wm. Roger Louis* (Hrsg.), *The Oxford History of the British Empire*, 5 Bde., Oxford 1999; *British Documents on the End of Empire*, London 1998–99.

3 *Michael Hardt/Antonio Negri*, *Empire*, Cambridge 2000.

4 *Frederick Cooper*, *Africa since 1940. The Past of the Present*, Cambridge, Mass. 2002, S. 85–86.

Paradigmenwechsel in den Achtzigerjahren eintrat. Die sogenannten Strukturanpassungsprogramme (*Structural Adjustment Programs*) der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF), zuerst in Ghana und Kenia eingeführt, brachen mit den alten entwicklungspolitischen Grundsätzen von staatlicher Planung und schneller Industrialisierung (hier besteht eine große Ähnlichkeit zur Wirtschaftspolitik vieler lateinamerikanischer Staaten). Stattdessen setzten die internationalen Organisationen eine Wirtschaftspolitik nach neoliberalen Grundsätzen durch, was zwar einige Missstände behob (extreme Fälle von Korruption, Vetternwirtschaft und ineffizienter staatseigener Betriebe), jedoch gleichermaßen große Armut als Folge des brutalen Strukturwandels nach sich zog.

Da für die afrikanische Wirtschaftsgeschichte erst die Siebziger- und Achtzigerjahre eine maßgebliche Zäsur darstellen, stellt sich die Frage, wie bedeutend die Dekolonialisierung der beiden größten Kolonialreiche, Großbritanniens und Frankreichs, überhaupt für die Wirtschaft war. Vertreter des Neo-Kolonialismus haben schon immer die Dekolonisation als »Flaggenunabhängigkeit« kritisiert: de facto unabhängig, aber informell durch wirtschaftliche Machtverhältnisse nach wie vor von den Industrienationen dominiert. Diese Position wird außerhalb Afrikas nur noch selten vertreten, aber die dahinter stehenden Fragen sind nach wie vor relevant und wenig erforscht.<sup>5</sup> Insbesondere in den zwei Dekaden nach der Dekolonisationswelle der späten Fünfziger- und Sechzigerjahre, wurde sowohl in der Politik und den Medien als auch in der Wissenschaft stark diskutiert, inwieweit die wirtschaftlichen Rahmenbedingen einem unabhängigen Afrika angemessen seien.

Diese Diskussionen haben in mannigfaltigen Formen viele wissenschaftliche Disziplinen beeinflusst, und machen es für Historiker schwer, eine solch umfangreiche und divergente Forschungslandschaft zu sondieren und zu bewerten. Daher wird der zweite Teil dieses Berichts den verschiedenen Argumenten aus anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen nachgehen, nachdem der erste Teil die großen Thesen zum Imperialismus, der Dekolonisation, und der politischen Rolle von Unternehmen in diesem Zeitraum behandelt. Die Auswahl der Titel für die zwei Teile basiert allerdings nicht auf akademischen Disziplinen, sondern bezieht sich auf inhaltliche Aspekte, d. h. anderen Perspektiven und, damit zusammenhängend, anderen Zäsurensetzungen: Die Arbeiten nehmen entweder (im ersten Teil) politische Unabhängigkeit als maßgeblichen Einschnitt wahr und definieren häufig ihren Forschungszeitraum dementsprechend oder sie bevorzugen übergreifende Darstellungen oder wählen vergleichende Ansätze (im zweiten Teil).

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der englischsprachigen Literatur der letzten 30 Jahre, insbesondere mit Bezug auf das Britische Kolonialreich<sup>6</sup>, und klammert in vielerlei Hinsicht die Nachzügler der Dekolonisation (die ehemals portugiesischen Kolonien und die Siedlungskolonien im Süden Afrikas) aus.<sup>7</sup> Viele Prozesse, die hier für die Siebzigerjahre beschrieben werden, insbesondere die Enteignungen oder »Zwangsverkäufe« von Firmen- und Privateigentum von Minderheiten, scheinen in einigen südafrikanischen Ländern zeitverzögert einzutreten, siehe beispielsweise Simbabwe. Diese Versuche, die Ungerechtigkeit des Kolonialismus ungeschehen zu machen, sind notwendig, werden aber häufig von verschiedenen Gruppen zum Schaden der Gesellschaft instrumentalisiert. Die-

---

5 Als Einführung in die Hintergründe dieser Debatten siehe *Toyin Falola*, West Africa, in: *Wm. Roger Louis* (Hrsg.), *The Oxford History of the British Empire*, Oxford/New York 1999, S. 486–99; *Frederick Cooper*, Africa and the World Economy, in: *African Studies Review* 24, 1981, S. 1–86, hier: S. 54.

6 Das britische Empire umfasste die wirtschaftlich vielversprechenderen Territorien im Vergleich zu Frankreichs hauptsächlich westafrikanischen Gebieten. Im Gegensatz zu Frankreich, das bis heute einen großen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der ehemaligen Kolonien ausübt, hatte Großbritannien deutlich weniger Erfolg.

7 Eine sehr gute generelle Einführung in die Geschichte des postkolonialen Afrika bietet *Paul Nugent*, *Africa since independence: a comparative history*, Basingstoke 2004.

se postkolonialen Prozesse unterstreichen die Bedeutung der wirtschaftlichen Langzeitwirkung der Dekolonisation in Afrika.

#### I. DIE DEKOLONISATION IN DER WIRTSCHAFT UND IHRE POLITISCHE INTERPRETATION

Die Mehrzahl der modernen Studien zur Dekolonisation beschränkt sich auf die politischen Aspekte, und in Anbetracht der umfangreichen Komplexität dieses Themas ist dies wenig überraschend. In den letzten 50 Jahren hat es in Großbritannien allein mehrere Standardwerke, große Thesen und Forschungsströme gegeben. In der schon erwähnten »Oxford History of the British Empire« ist der fünfte Band ausschließlich der Historiografie gewidmet, und John Darwins Beitrag zur Dekolonisation ist eine der besten Kurzeinführungen zu den Kernthesen, ihren Vertretern und ihrem Einfluss auf die weitere Forschung.<sup>8</sup> Die folgende kurze Besprechung der wichtigsten Werke räumt diesen großen Forschungsdebatten weniger Raum ein, als sie verdienen, da der Schwerpunkt hier auf dem schlechter erforschten Gebiet der wirtschaftlichen Folgen der Dekolonisation liegt. Es ist jedoch kaum möglich, diese maßgeblichen historischen Thesen zu ignorieren, da sie grundlegend für die weitere Forschung sind. Danach werden die Themenfelder der wirtschaftlichen Entwicklung und des Neo-Kolonialismus wie auch die Rolle privater Unternehmen während der Dekolonisation weiter besprochen.

##### *Imperialismustheorien und die Dekolonisation*

In den Fünfzigerjahren, als Großbritanniens Regierung den Schritt von Kolonialreformen in Afrika zu endgültiger Dekolonisation vollzog, begann eine neue Phase der Auseinandersetzung mit den imperialen Anfängen der Inselnation, die die Weltkarte »rot« gefärbt hatten (traditionell wurden britische Kolonien in dieser Farbe markiert). Auf dieser Karte gab es aber auch Territorien, die eigentlich als »rosa« hätten eingezeichnet werden müssen, und dieses Verständnis des Britischen Empire, oder »Imperialreiches«, führte zu einer der wichtigsten Arbeiten der Imperialismusforschung. Die Unterscheidung zwischen dem »formal empire«, also dem Kolonialreich, und dem »informal empire«, dem Territorien wie zum Beispiel Persien, Ägypten, Argentinien und Teile Chinas zu verschiedenen Zeitpunkten zugerechnet wurden, wurde zur Basis der These von Ronald Robinson und John Gallagher über die Ausdehnung des Britischen Empire im späten 19. Jahrhundert.<sup>9</sup> Sie beschrieben das Kolonialreich als einen Eisberg, dessen sichtbarer Teil, die formalen Kolonien, auf dem informellen Empire basierte, das sozusagen unter der Wasseroberfläche mitschwamm. »The Imperialism of Free Trade« wurde 1953 veröffentlicht, und ihre Kernthese, dass das »informal empire« von Wirtschaftsinteressen und indirekter Einflussnahme geprägt war, und dass nur der Zusammenbruch dieser Form der Kontrolle zu politischer Aktivität in Form des Kolonialismus führte, ist bis heute einer der wichtigsten Ansätze zum Verständnis der Dekolonisation.

Auch wenn wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Interpretation der Ausdehnung des Britischen Empire im 19. Jahrhundert von Bedeutung waren, rückten politisch-administrative Ansätze immer mehr in den Mittelpunkt, wie zum Beispiel in Gallagher und Robinsons Folgestudie, »Africa and the Victorians«, in der sie die Idee der »official minds« entwickelten.<sup>10</sup> Der Schwerpunkt ihrer Analyse lag hier auf der administrativen Sicht imperia-

8 John Darwin, Decolonisation and the End of Empire, in: *Louis*, The Oxford History, S. 541–57.

9 John Gallagher/Ronald Robinson, The Imperialism of Free Trade, in: *Economic History Review* (EHR) 6, 1953, S. 1–15.

10 Ronald Robinson/John Gallagher, *Africa and the Victorians: The Official Mind of Imperialism*, London 1961.

ler Beamter und wie diese die Möglichkeiten der Kollaboration und Kontrolle ausschöpften. Das Ende des Kolonialismus wurde fast immer unter dem Primat der Politik interpretiert. Dies geschah nicht nur vonseiten der abtretenden europäischen Kolonialisten<sup>11</sup>, sondern auch von deren afrikanischen Nachfolgern, man denke nur an die berühmten Worte Kwame Nkrumahs, des ersten Präsidenten des unabhängigen Ghana: »Seek ye first the political kingdom and all other things shall be added unto you« (Suche zuerst das politische Reich, dann wird dir alles andere gegeben).

Dieses Primat der Politik wurde auch von der Forschung weitestgehend akzeptiert. In seiner einflussreichen Studie, »Britain and Decolonisation« (1988), legte John Darwin dar, wie Großbritanniens Verlust des Großmachtstatus nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit dem weltpolitischen Gefüge des Ost-West Konfliktes die Abwicklung des Kolonialreichs nach sich zog.<sup>12</sup> Da die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion beide offensichtlich anti-imperialistische Ideologien vertraten, standen Kolonialmächte wie Frankreich und Großbritannien unter großem Druck, sich ihrer imperialen Altlasten schnellstmöglich zu entledigen. Da beide Länder nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich, politisch und militärisch von amerikanischer Unterstützung abhängig waren, wurde der Kalte Krieg und der damit verbundene Weltanschauungskampf zum Antrieb einer schnellen Dekolonisation.<sup>13</sup> Aus ähnlichen Gründen war Portugal ein verspäteter Dekolonisierer, da unter Salazar die internationale Anerkennung durch die USA innenpolitisch weniger Relevanz besaß.<sup>14</sup>

Darwins Analyse folgt dem Ansatz Gallaghers und Robinsons aus 1953, dass das britische Empire zwischen verschiedenen Formen der Herrschaft, von formell bis informell, fluktuierte. Robinson und William Roger Louis entwickelten diese Idee weiter in der Studie »The Imperialism of Decolonisation«, die 1994 erschien.<sup>15</sup> Der Unterschied zwischen formalem und informalem Kolonialismus, so die Argumente von Darwin, Gallagher und Robinson, erlaubte Großbritannien, die politische Macht an verlässliche lokale »Kollaborateure« zu übergeben.<sup>16</sup> Im Kontext des Kalten Krieges bedeutete dies lediglich, dass die politische Elite pro-westlich und pro-kapitalistisch eingestellt war. Keiner der Autoren behauptet jedoch, dass Großbritannien ein informelles Kolonialreich beibehielt, da dem Land die politische und wirtschaftliche Macht wie auch der Wille dazu fehlte.

Im Gegenzug präsentierten Peter Cain und Antony G. Hopkins ein zweibändiges Werk, »British Imperialism«, das die Wirtschaft, insbesondere das Finanzwesen der City of London, in den Mittelpunkt stellte.<sup>17</sup> Die Autoren verbinden in ihrer Arbeit die Entste-

11 *Larry J. Butler*, *Copper Empire: Mining and the Colonial State in Northern Rhodesia*, c. 1930–64 (Cambridge Imperial and Post-Colonial Studies), Palgrave Macmillan, Houndmills 2007, 448 S., geb., \$ 95,00, S. 300.

12 *John Darwin*, *Britain and Decolonization: The Retreat from Empire in the Post-War World*, Basingstoke 1988.

13 Dabei war Frankreich aber besser in der Lage, informell alte Kolonien zu kontrollieren, da sich das Land durch die europäische Integration wirtschaftlich besser erholte, als das Großbritannien mit dem fallenden Pfund Sterling vermochte. Außerdem war das französische Kolonialreich kompakter als das britische, und Frankreich konnte auch den Zugang zum europäischen Binnenmarkt für die ehemaligen Kolonien erleichtern. Vgl. zu dem letzten Aspekt den Beitrag von *Véronique Dimier* in diesem Band.

14 Vgl. auch *Rainer Tetzlaff/Cord Jakobeit*, *Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, VS-Verlag, Wiesbaden 2005, 304 S., kart., 29,90 €, S. 119, die auf die Bedeutung von »kolonialen Extraprofiten« verweisen.

15 *Wm. Roger Louis/Ronald Robinson*, *The Imperialism of Decolonisation*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 22, 1994, S. 462–511, hier: S. 483.

16 Die Rolle von lokalen Kollaborateuren des Imperialismus fußte auf ihrem Buch »Africa and the Victorians«. Da der Begriff Kollaborateur auch im Englischen nicht wertneutral ist, ist diese Wortwahl vielfach diskutiert worden.

17 *Peter J. Cain/Antony Gerald Hopkins*, *British Imperialism, 1688–2000*, Longman 2001, S. 275–291.

hung des Kolonialreiches im späten 17. Jahrhundert mit der Expansion in der Zeit des Hochimperialismus im späten 19. Jahrhundert und dem Ende des Empire in der Mitte des 20. Jahrhunderts. In ihrer Darstellung lag der Ursprung der Dekolonisation auf der einen Seite in den steigenden Kosten, um die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien anzutreiben, und auf der anderen Seite in der Bedeutung des Pfund Sterling für die City. Ende der Fünfzigerjahre sank die Bedeutung der Stabilität des britischen Pfundes, und die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten wurden außerhalb des Empire gesehen. Das mangelnde Interesse der Wirtschafts- und Finanzeliten Großbritanniens erleichterte es den Politikern, sich des Kolonialreiches zu entledigen, das drohte, durch Entwicklungsprojekte und politische Opposition in den abhängigen Gebieten zum Albatross zu werden. Diese Interpretation hat ihre Anhänger und Gegner gefunden, insbesondere mit Blick auf die Kernthese der Londoner »Gentlemanly Capitalists«, die laut verschiedener Autoren das Ende des Empire bestimmten.<sup>18</sup>

#### *Die »Tragödie der Dekolonisation« und der afrikanische Nationalismus*

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Studien, die sich mit der Dekolonisation in Großbritannien oder auch vergleichend mit anderen Ländern Europas beschäftigen, die hier jedoch nicht weiter diskutiert werden können.<sup>19</sup> Viele dieser Ansätze verschreiben sich letztendlich einer zentralistisch-metropolitanen Ansicht, die die Geschichte der Unabhängigkeit der einzelnen Kolonien weniger detailliert analysiert und daher häufig Gefahr läuft, die Rolle der ehemaligen Kolonialherren überzubewerten. Frederick Cooper, einer der einflussreichsten Historiker der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Afrikas, gelang der Brückenschlag mit seinem »Decolonization and African Society«, nicht nur zwischen einer europäisch wie auch afrikanisch fundierten Betrachtung des Entkolonisationsprojektes, sondern auch zwischen politischen und wirtschaftlichen Erklärungen.<sup>20</sup> Er argumentiert, dass die Konzeption und Umsetzung der geplanten wirtschaftlichen Entwicklung in französischen und britischen Kolonien nicht nur zu kostspielig wurde, sondern auch afrikanische Untertanen zu Bürgern mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten machte. Die Ansprüche, die so erweckt wurden, waren weder politisch noch finanziell tragbar. Sie erleichterten es Kolonialpolitikern, sich das Ende des Empire vorzustellen und dies auch schleunigst umzusetzen. Kolonialverwalter liefen zunehmend in Gefahr, sich in den Untiefen afrikanischer Politik zu verlieren und langfristig international zur Verantwortung gezogen zu werden in Situationen, in denen sie die Kontrolle vollständig verloren hatten.

Dabei nahm die Dekolonisation ihren Anfang in sozialen Protesten über wirtschaftliche Missstände und mangelnde politische Partizipation (besonders in den Vierziger- und frühen Fünfzigerjahren), die die Kolonialregierungen erschütterten. Dies führte zu einem umfassenden kolonialen Reformprojekt, welches bereits in den späten Dreißigerjahren angedacht, aber aus Geld- und Motivationsmangel kaum umgesetzt worden war. In den

18 Vgl. hierzu eine Vielzahl von Beiträgen, insb. *Raymond E. Dumett* (Hrsg.), *Gentlemanly capitalism and British imperialism: the new debate on empire*, Longman 1999; *Shigeru Akita* (Hrsg.), *Gentlemanly Capitalism, Imperialism and Global History*, Basingstoke 2002. Noch bevor das Buch von Peter Cain und Tony Hopkins erschien, wurde ihr Beitrag bereits umfassend kritisiert, vgl. *Andrew Porter*, »Gentlemanly Capitalism« and Empire: The British Experience since 1750?, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 18, 1990, S. 265–295.

19 Für eine gute Einführung in die Debatten des Imperialismus besonders in Großbritannien sei hier auf den schon erwähnten historiografischen Band 5 der »Oxford History of the British Empire« verwiesen.

20 *Frederick Cooper*, *Decolonization and African society: the labor question in French and British Africa*, Cambridge 1996.

Fünfzigerjahren geschah dann der Umbruch von der Reform zur Dekolonisation, und Großbritannien wie auch Frankreich entledigten sich ihrer Kolonialreiche zumeist durch einen unspektakulären politisch-konstitutionellen Prozess – die brutalen Eingriffe in Kenia und Algerien sind hier die großen Ausnahmen.

Für Cooper stellt die intellektuelle und politische Hegemonie, die der Nationalismus in Afrika während der Dekolonisation ausübte, eine Tragödie dar – sie liegt in der Art und Weise begründet, wie die Dekolonisation in Afrika vollzogen wurde.<sup>21</sup> Diese Aussage sollte in Verbindung gesehen werden mit jahrzehntelanger Forschung zum Nationalismus in Afrika (und in diesem Sinn wird die Terminologie »Nationalismus« und »nationalistisch« hier gebraucht). In der berühmten »Wind of Change«-Rede im Jahre 1960 stellte der britische Premier Harold Macmillan fest: »Der Wind der Veränderung weht durch diesen Kontinent. Ob es uns gefällt oder nicht, dieser Zuwachs an Nationalbewusstsein ist eine politische Tatsache.«<sup>22</sup> Neben Nkrumahs schon zitierten »Seek ye first the political kingdom« ist dies die bekannteste öffentliche Anerkennung der Bedeutung des Nationalismus während der Dekolonisation. Die fast schon klassische Beschreibung der Rolle des afrikanischen Nationalismus stammt wahrscheinlich von Thomas Hodgkins »Nationalism in Colonial Africa«, das 1956 erschien.<sup>23</sup> Jede soziale, antikoloniale Bewegung wurde von ihm als Nationalismus interpretiert, was auch durch seine große persönliche Nähe zu den afrikanischen Politikern der Unabhängigkeitsbewegung bedingt war.

Die grundlegende Kritik dieser Interpretation stammt von James Coleman, der einen völlig neuen Ansatz der Nationalismusforschung begründete, die großen Wert auf eine engere, stringente Definition des Nationalismus legte.<sup>24</sup> Er kritisierte an den vorhergehenden Interpretationen hauptsächlich, dass alle anderen sozialen und kulturellen Phänomene dem Paradigma des Nationalismus unterworfen wurden. »Nationalistische« Parteien und Propaganda befanden sich zunehmend unter der Kontrolle von kleinen elitären Gruppierungen afrikanischer Gesellschaften, deren Legitimität durch Misswirtschaft oder Diktaturen zunehmend verloren ging. (Ähnliche Debatten existieren in den Politikwissenschaften zur Rolle des Staates in Afrika, deren Bedeutung für die Wirtschaft im zweiten Teil besprochen wird.) In diesem Zusammenhang benutzt Cooper die Formulierung der »Tragödie der Dekolonisation«, da die Ansprüche der Arbeiterschaft, mit der er sich in seiner Studie besonders auseinandergesetzt hat, durch den afrikanischen Nationalismus unterdrückt wurden.<sup>25</sup>

Zu beachten ist dabei, dass Nationalismus wie auch Wirtschaftsnationalismus in Afrika dem Charakter des europäischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts näher standen als den extremen faschistisch-nationalistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts. Zwar hat es auch Vertreibungen gegeben (besonders berühmt ist hier das Beispiel von Idi Amins Ausweisung der Inder aus Uganda), aber diese folgten keiner rassistischen Logik; viele afrikanische Länder haben weiße Minoritäten wie die Libanesen (insbes. in Westafrika) und Inder (insbes. Ostafrika) ausgewiesen, aber in vielen Fällen ebenso andere afrikanische Nationalitäten, die häufig als Wirtschaftsmigranten oder Flüchtlinge aus benachbarten Ländern kamen.<sup>26</sup>

21 Ebd., S. 468 f.

22 Harold Macmillan in Cape Town, Südafrika, 3. Februar 1960.

23 Thomas Hodgkin, *Nationalism in colonial Africa*, London 1956.

24 James S. Coleman, *Nigeria: Background to Nationalism*, Berkeley, CA 1971; *ders.*, *Political parties and national integration in tropical Africa*, Berkeley/Los Angeles, CA 1964.

25 Das Beispiel der Gewerkschaften ist hier besonders wichtig – zumeist wurden diese den Parteiorganisationen untergeordnet. Starke nationale Gewerkschaften gab es in Afrika, mit der Ausnahme Südafrikas, dementsprechend fast gar nicht, auch wenn regionale oder firmenspezifische Gruppierungen zeitweise großen Einfluss ausübten.

26 Vgl. zum Beispiel Margaret Peil, *The expulsion of West African Aliens*, in: *Journal of Modern African Studies* 9, 1971, S. 205–229. Für eine generelle Darstellung vgl. Nugent.

Die postkoloniale Entwicklung afrikanischer Staaten hat die ehemals positive Beurteilung des afrikanischen Nationalismus weitestgehend revidiert. Forschungsthesen, die das Ende des britischen oder französischen Kolonialreichs als Resultat erfolgreicher Nationalbewegungen interpretieren, werden heute bestenfalls als ein nur beschränkt relevanter Erklärungsansatz eingestuft.<sup>27</sup> Nichtsdestominder ist das Primat der Politik in der Dekolonisationsforschung weitestgehend erhalten geblieben.

#### *Entwicklungswissenschaften und Neo-Kolonialismus*

Das politische Primat der Dekolonisation wurde nicht nur von Zeitgenossen akzeptiert, sondern avancierte gar zum Paradigma für die Imperialismusforschung. Ursache dafür war auch, dass weder die abtretenden Kolonialmächte noch die neuen afrikanischen Nationalpolitiker eine schnelle, leicht umsetzbare politische Lösung für die komplexen wirtschaftlichen Probleme (und die damit verbundene Sozialproblematik) afrikanischer Kolonien finden konnten. Die Idee der kolonialen Reform, die stark sozial und wirtschaftlich orientiert war, wurde von den Kolonialregierungen aufgegeben und durch den politisch-konstitutionellen Prozess der Dekolonisation ersetzt.<sup>28</sup> In vielerlei Hinsicht erscheint dies als der wirkungsmächtigste Aspekt der »Tragödie der Dekolonisation« (auch wenn sich Frederick Cooper im Original auf die Rolle der Arbeiterschaft bezog). In den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurde die Entwicklungswissenschaft (*development studies* oder auch *development economics*) als eine der neuesten Unterdisziplinen der Wirtschaftswissenschaft zum Gralshüter der Theorien, mit deren Hilfe die Experten die Kolonialregierungen und unabhängige Staaten berieten. Der berühmteste Fall ist wahrscheinlich W. Arthur Lewis, der durch seinen Beitrag »Development with unlimited supplies of Labour« zu einem der Gründerväter der Entwicklungswissenschaft zählt.<sup>29</sup> Die Tendenz, die Wirtschaft von den Dekolonisationsdebatten auszuklammern, bedeutete, dass Fragen des wirtschaftlichen Wachstums im Rahmen der Modernisierungstheorien entpolitisiert wurden.<sup>30</sup>

Wie sich dieses Verhältnis zwischen der Politik und den Entwicklungswissenschaften über die Jahrzehnte entwickelte, dem geht der Sammelband »International Development and the Social Sciences« nach.<sup>31</sup> Im Gegensatz zu anderen Versuchen, sich mit dem Zusammenspiel von Entwicklungswissenschaft und Kolonialismus auseinanderzusetzen, wird hier analysiert, welche Funktion die Entwicklungsdiskurse für Politiker, Wirtschaftsexperten, öffentliche Meinung und internationale Diplomatie erfüllten.<sup>32</sup> In der Einleitung argu-

27 Hierzu vgl. wiederum die »Oxford History« wie auch die Arbeiten von *John Darwin*. Eine Ausnahme hierzu ist *Robert L. Tignor*, *Capitalism and nationalism at the end of empire: state and business in decolonizing Egypt, Nigeria, and Kenya, 1945–1963*, Princeton, N. J. 1998. Seine Arbeit bezieht sich jedoch auf die Wirtschaft, und wie dieser Forschungsbericht im zweiten Teil argumentiert, gibt es ein großes Erklärungsdefizit zur Rolle des Nationalismus in der Wirtschaft.

28 *Stephanie Decker*, *Building up Goodwill: British Business, Development and Economic Nationalism in Ghana and Nigeria, 1945–1977*, Liverpool 2006, S. 201–203.

29 *W. Arthur Lewis*, *Development, with unlimited supply of labor*, in: *Manchester School of Economic Studies* 22, 1954, S. 131–191. Vgl. auch die kürzlich erschienene Biografie *Robert L. Tignor*, *W. Arthur Lewis and the Birth of Development Economics*, Princeton 2006.

30 Für eine vergleichsweise positive Bewertung der Modernisierungs-»Technokraten« vgl. *Miatta Fahnbulleh*, *The Elusive Quest for Industrialisation in Africa: A Comparative Study of Ghana and Kenya, c. 1950–2000*, Ph.D thesis, London School of Economics, University of London, 2006. Vgl. zur Rolle der Wirtschaftswissenschaften den Beitrag von *Daniel Speich* in diesem Band.

31 *Frederick Cooper/Randall M. Packard* (Hrsg.), *International development and the social sciences: essays on the history and politics of knowledge*, Berkeley, CA/London 1997.

32 Zum Beispiel *Catherine Coquery-Vidrovitch* u. a., *Pour une histoire du développement: états, sociétés, développement*, Paris 1988.

mentieren Frederick Cooper und Randall Packard, dass *development* zur Anspruchsgrundlage nicht nur der Entwicklungshilfe, sondern auch von internationaler sozialer Gerechtigkeit, Grundbedürfnissen und Armutsbekämpfung wurde. Wichtig ist hier, dass die Dekolonisationsbewegung, im Gegensatz zu ihren Anfängen in Wirtschafts- und Sozialprotesten, zu einem rein politischen Projekt mit manchmal millenialen Zügen (z. B. Nkrumahs »politisches Reich«) wurde.<sup>33</sup> Für Ghana und Nigeria erfolgte dieser Umbruch in den frühen Fünfzigerjahren<sup>34</sup>, aber die Erleichterung des Dekolonisationsbegriffs um wirtschaftliche und soziale Fragen, die daraufhin zum Entwicklungsproblem zusammengefasst wurden, war ein generelles Phänomen in ganz Afrika. Dies soll nicht heißen, dass wirtschaftliche Fragen unwichtig wurden. Umfangreiche Studien von P. T. Bauer, W. Arthur Lewis, Dudley Seers und anderen wurden noch zu Kolonialzeiten angefertigt.<sup>35</sup> Wie Cooper und Packard in ihrem Sammelband klar dokumentieren, wurde dieser neue Ansatz außerordentlich einflussreich und hat sich, trotz einer zeitweiligen Herausforderung durch die »normale« Wirtschaftswissenschaft in den Achtziger- und frühen Neunzigerjahren, weiterhin behaupten können. Dies mag zwar eine umstrittene Behauptung sein, aber der Einfluss von Jeffrey Sachs und Joseph Stiglitz auf die Politik und internationale Meinungsbildung scheint auf eine Renaissance der Entwicklungsidee zu schließen. Ob Entwicklungsländer allerdings eine »andere« wirtschaftswissenschaftliche Forschung brauchen als Industrieländer, ist nach wie vor umstritten, und die planwirtschaftlichen Ansätze der Fünfziger- und Sechzigerjahre werden in ihrer alten Form wohl kaum ein Comeback erleben.

Wie allgemein bekannt ist, hat die Entwicklungswissenschaft bislang zu keinem echten Durchbruch in Afrika geführt.<sup>36</sup> Der mangelnde Erfolg von Entwicklungsprojekten zeichnete sich zuerst in den Sechzigerjahren ab. In Verbindung mit den Versprechungen der Unabhängigkeit waren diese Fehlschläge, verbunden mit steigender Armut, besonders bitter. Die Hoffnungen und wachsenden Ansprüche auf Sicherheit und bescheidenen Wohlstand konnten nicht erfüllt werden, obwohl im Rückblick in den meisten afrikanischen Ländern die Wachstumsraten der Sechziger- und Siebzigerjahre tatsächlich deutlich besser waren als die der folgenden Dekaden.<sup>37</sup>

Als sich das »politische Reich« der Staatsoberhäupter, die ihre Länder in die Unabhängigkeit führten, zunehmend als unzureichend herausstellte, wurde zum Beispiel Ghanas Präsident Kwame Nkrumah schnell zum Ankläger des Neo-Kolonialismus.<sup>38</sup> Die Macht ehemaliger Kolonialmächte und deren Verbündeter wurden nun in der Form wirtschaft-

33 Dies wurde schon von Clifford Geertz in den Siebzigerjahren hervorgehoben. *Clifford Geertz, After the Revolution: The Fate of Nationalism in the New States*, in: *ders.* (Hrsg.), *The Interpretation of Cultures: selected essays*, New York 1973, S. 234–254.

34 *Decker*, S. 201–203.

35 *Peter T. Bauer, West African Trade: A Study of Competition, Oligopoly and Monopoly in a Changing Economy*, Cambridge 1954; *Dudley Seers/C. R. Ross, Report on the financial and physical problems of development in the Gold Coast*, Accra 1952; *W. Arthur Lewis, Report on the industrialisation and the Gold Coast*, Accra 1953.

36 Mit der Frage nach den Ursachen dieses Versagens beschäftigt sich *Miatta Fahnbulleh, In Search of Economic Development in Kenya: Colonial Legacies and Post-independence Realities*, in: *Review of the African Political Economy* 33, 2006, S. 33–47.

37 Zu den Hoffnungen vgl. *Geertz, After the Revolution*, S. 235–238. Zu Wachstumsraten vgl. *Tetzlaff/Jakobeit*, S. 247; *Morten Jerven, The Quest for the African Dummy*, Economic History Society Conference 2008, New Researchers' Papers, URL: <<http://www.ehs.org.uk/ehs/conference2008/Assets/JervenNRID.doc>> [13. Juni 2008].

38 *Kwame Nkrumah, Neo-colonialism: the last stage of imperialism*, New York 1965. Ob Nkrumah tatsächlich der Autor dieses Buches war, ist umstritten. Henry Bretton vermutete unter anderem Professor Willie Abraham, Michael Dei-Anang, Nkrumah's Sekretärin Erica Powell, Thomas Hodgkin und H. M. Basner als alternatives Autorenteam. *Henry L. Bretton, The rise and fall of Kwame Nkrumah: A study in personal rule in Africa*, London 1967, S. 20, 190 Fußnote 2.

licher Einflussnahme gesehen, und die internationalen Firmen, die in Afrika ansässig waren, gerieten zunehmend ins Kreuzfeuer von Politikern und Journalisten in den Medien. Ihre engen Kontakte zu den neuen Eliten, den Machthabern und Unternehmern in diesen Ländern, wie auch ihre oft hohe Profitabilität (oder ihre Fähigkeit, Gewinne unter der Hand aus dem Land zu transferieren) machten sie zu Zielscheiben, als sich das Wirtschaftswachstum in den Sechzigerjahren abschwächte oder Rezessionen eintraten. Der Neo-Kolonialismus hauchte der Idee des informellen Empire neues Leben ein, wenn auch nicht auf die Art und Weise, wie Robinson und Gallagher das Konzept interpretiert hatten.

Dass Nkrumah diese intellektuelle Kehrtwendung vom Primat des Politischen über alle anderen Aspekte der Staatswerdung zur Kontrolle durch ausländische private Wirtschaftsinteressen so relativ unproblematisch vollziehen konnte, ist erstaunlich. Insbesondere Frantz Fanon hatte bereits die Rolle kollaborierender Eliten während des Kolonialismus angeprangert, doch Nkrumah bezog dies auf Ghanaische Unternehmer, die er nach Kräften politisch aushebelte, da sie langfristig eine alternative, staats- und parteiunabhängige Machtposition hätten aufbauen können.<sup>39</sup> Diese Dynamik ist Teil der Entwicklung des sogenannten postkolonialen Staates in Afrika, der den Wirtschaftsnationalismus der Sechziger- und Siebzigerjahre zum Teil erklären kann, wie im zweiten Teil argumentiert werden wird.

Es waren häufig nicht-europäische Akademiker, die maßgeblich Einfluss nahmen auf die Debatten zum Neo-Kolonialismus. Samir Amin, der ägyptische Politik- und Wirtschaftswissenschaftler, legte mehrere Studien zu diesem Problemkreis vor, und der nigerianische Historiker Toyin Falola hinterfragte das ehemals koloniale Verhältnis in »Britain and Nigeria – Exploitation or Development?«<sup>40</sup>, Walter Rodneys einflussreiches Buch »How Europe underdeveloped Africa« formte die Diskussion darüber, wie der Kolonialismus und der Neo-Kolonialismus Afrika kontinuierlich ausbeutete.<sup>41</sup> Rodney nutzte Ansätze der lateinamerikanischen *Dependencia*-Theorien (Rodney kam aus Guyana), um die weltpolitisch marginale Rolle Afrikas als eine wirtschaftliche Kontinuität aus der Kolonialzeit zu erklären.

Der Neo-Kolonialismus wie auch die Interdependenz-Schule produzierten eine Vielzahl von Titeln, die heute nur noch selten beachtet werden, jedoch in den Siebziger- und Achtzigerjahren bedeutend waren. Insbesondere zu lateinamerikanischen Werken gibt es mehrere gute englischsprachige Einführungen.<sup>42</sup> Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch die Arbeiten Immanuel Wallersteins zur Weltstamtheorie, die die Unterentwicklung der Peripherie zugunsten der Kernländer makrosoziologisch erklärt.<sup>43</sup> Eine fundierte

39 Frantz Fanon, *Peau Noir, Masque Blanche*, Paris 1952; *ders.*, *Les damnés de la terre*, Paris 1961. Zur gesellschaftlichen Machtpolitik in Ghana und anderen afrikanischen Staaten vgl. John D. Esséks, *Government and indigenous private enterprise in Ghana*, in: *Journal of Modern African Studies* 9, 1971, S. 11–29; *ders.*, *Political Independence and Economic Decolonization: the Case of Ghana under Nkrumah*, in: *The Western Political Quarterly* 24, 1971, S. 59–64. Eine allgemeine Interpretation dieser Dynamik stammt von Bayart.

40 Samir Amin, *Neo-colonialism in West Africa*, Harmondsworth 1973; *ders.*, *Unequal Development: an Essay on the Social Formations of Peripheral Capitalism*, Hassocks 1976; Toyin Falola, *Britain and Nigeria: exploitation or development?*, London 1987. Toyin Falola hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass Themen wie Unterentwicklung und Neokolonialismus nach wie vor auf größeres Interesse in akademischen Kreisen in Afrika als außerhalb stoßen: Falola, *West Africa*. In Ostafrika wurde insbesondere die Daressalam Schule für ihre radikalen Ansätze berühmt.

41 Walter Rodney, *How Europe underdeveloped Africa*, London 1972.

42 Cristóbal Kay, *Latin American Theories of Development and Underdevelopment*, London 1989; Walter L. Bernecker/Thomas Fischer, *Rise and Decline of Latin American Dependency Theories*, in: *Itinerario* 22, 1998, S. 25–45; Dudley Seers (Hrsg.), *Dependency theory: a critical reassessment*, London 1981.

43 Immanuel Wallerstein, *The modern world-system*, New York 1980.

Kritik der Unterentwicklungsansätze, die zwischen marxistischen und *Dependencia*-Ansätzen unterscheidet, stammt von Colin Leys.<sup>44</sup> Trotz der Vielzahl von Studien aus dieser Richtung haben sich diese Strömungen nicht halten können, und gegenwärtig gibt es kaum noch Autoren, die mit diesen Interpretationen arbeiten.

#### *Politische Strategien von Unternehmen während der Dekolonisation*

Da Neo-Kolonialismus- und *Dependencia*-Strömungen seit den späten Achtzigerjahren deutlich an Interesse wie auch Glaubwürdigkeit verloren, wurde Wirtschaftsfragen wieder wenig Beachtung geschenkt. Dieser Paradigmenwechsel, weg von Argumenten der Unterentwicklung, stärkte die politischen Ansätze. In den letzten Jahren hat es allerdings vonseiten der Imperial- und Unternehmenshistoriker in Großbritannien eine ganze Reihe neuer Veröffentlichungen gegeben, die sich mit der Rolle der Unternehmen während der Dekolonisation befassen. Sie greifen Fragestellungen älterer Arbeiten auf, insbesondere die des Imperialhistorikers David Fieldhouse von der Cambridge Universität. Fieldhouse wandte sich ausdrücklich gegen die Interpretation, dass Firmen Teil oder sogar Architekten eines neo-imperialen Systems seien.<sup>45</sup>

Diese These wird von den neuen Studien weitestgehend unterstützt, was jedoch diskutiert wurde, ist die Frage, wie aktiv Firmen an der Dekolonisation mitgewirkt haben, oder ob sie tatsächlich passiv und gewissermaßen ahnungslos von der Unabhängigkeit der Kolonien überrascht wurden. In einer der frühesten Studien zu diesem Thema kam Josephine Milburn 1977 zu dem Ergebnis, dass britische Unternehmer in Ghana politisch passiv waren und der eventuellen Unabhängigkeit unvorbereitet gegenüber standen.<sup>46</sup> Diese These führte zunächst zu keinen weiteren detaillierten Studien mit Ausnahme von David Fieldhouses Werk, das an anderer Stelle noch detailliert diskutiert wird.

In den letzten zehn Jahren sind allerdings einige Untersuchungen erschienen, die das Verhältnis zwischen Unternehmen und Kolonialregierungen während der Dekolonisation erneut erforscht haben. Für Ghana hat Sarah Stockwell die Ergebnis Milburns hinterfragt und kommt zu dem Ergebnis, dass Unternehmer alles andere als unvorbereitet von der Unabhängigkeit getroffen wurden.<sup>47</sup> Im Gegenteil, die meisten britischen Firmen entfalteten großen politischen Aktivismus, wurden aber im Laufe der Dekolonisation immer weiter aus dem Entscheidungsprozess herausgedrängt und zumeist von ihrer eigenen Kolonialregierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Nicholas White im Falle Malaysias.<sup>48</sup> In einem Forschungsbericht von 2000 fasst er die zu diesem Zeitpunkt existierenden Arbeiten zu Afrika und Asien zusammen und kommt zu dem Urteil, dass die Autoren mehrheitlich übereinstimmten, dass Unternehmen aktiv waren, aber die abtretenden Kolonialregierungen kaum mit den Firmen zusammen arbeitete-

44 Colin Leys, *The rise and fall of development theory*, London 1996.

45 David Kenneth Fieldhouse, »A New Imperial System?« The Role of the Multinational Reconsidered, in: Wolfgang J. Mommsen/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Imperialism and After*, London 1986, S. 225–40.

46 Josephine F. Milburn, *British business and Ghanaian independence*, Hanover, NH 1977.

47 Sarah E. Stockwell, *The business of decolonization: British business strategies in the Gold Coast* (Oxford historical monographs), Oxford University Press, Oxford 2000, 265 S., geb., \$ 80,00.

48 Nicholas J. White, *The Frustrations of Development: British Business and the Late Colonial State in Malaya, 1945–57*, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 28, 1997, S. 103–119; ders., *The Survival, Revival and Decline of British Economic Influence in Malaysia, 1957–70*, in: *Twentieth Century British History* 14, 2003, S. 222–242; ders., *British business in post-colonial Malaysia, 1957–70: »Neo-colonialism« or »disengagement«?* (Routledge Curzon Studies in Modern History of Asia, Bd. 21), Routledge, London 2004, 272 S., geb., £ 85,00. Die Dekolonisation in Asien ist neben Afrika ebenfalls in weiteren Studien erfasst, vgl. hier z. B. Maria Misra, *Business, Race and Politics in British India, c.1850–1960*, Oxford 1999.

ten.<sup>49</sup> Hier sieht White sogar einen fundamentalen Unterschied zwischen den Weltanschauungen der staatlichen Organe und der Unternehmer.

In einem kürzlich erschienenen Buch zur Kupferminenindustrie in Sambia legt Larry Butler besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten der industriellen Führungskräfte, deren politische Einstellung und Engagement maßgeblich dazu beitrugen, das Verhältnis zwischen Politik und Privatwirtschaft zu gestalten.<sup>50</sup> Wie auch andere Studien über Unternehmen während der Dekolonisation kommt er zu dem Ergebnis, dass kein Einvernehmen zwischen der Kolonialregierung und den britischen Firmen bestand, ja das noch nicht einmal die Firmen oder auch die verschiedenen Regierungsorgane untereinander übereinstimmten. Auch wenn er somit die These von Nicholas White von den ideologischen und psychologischen Klüften zwischen Beamten und Unternehmern wiederholt, so weist er doch auf die Ausnahme von Sir Ronald Prain hin, der als Direktor einer der Kupferproduzenten für eine Zeit lang einen Konsens zwischen Kolonialregierung und Firmen schuf.<sup>51</sup>

In einer vergleichenden Studie über Ägypten, Kenia und Nigeria hebt Robert Tignor besonders die Bedeutung des Nationalismus für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Privatwirtschaft hervor. Dieses Ergebnis ist relativ ungewöhnlich, da sowohl Kenia wie Nigeria normalerweise als nicht gerade erfolgreiche Fälle der Nationsbildung eingestuft werden (in beiden Länder müssen immer wieder ethnische Ressourcenkonflikte entschärft werden), und liegt unter Umständen an einer Überbewertung der Situation in Ägypten.<sup>52</sup> Seine Hauptthese, dass sich diese drei Fallstudien in Bezug auf staatliche Einflussnahme auf die Organisation der Wirtschaft während der Dekolonisation in einem Kontinuum befinden, ist überzeugend: Ägypten verstaatlichte viele Betriebe aus einer nationalistischen Argumentation heraus, Nigeria entwickelte ein vermischtes System mit Elementen der Staats- wie auch der Privatwirtschaft, während Kenia einer privatwirtschaftlichen Organisation treu blieb. Tignors Buch bleibt dem Forschungsansatz der britischen Imperialhistoriker verbunden, da auch er seinen Forschungszeitraum mit dem Erreichen der Unabhängigkeit beendet. Diese Zäsur birgt jedoch erkenntnistheoretische Probleme, denn so bezieht Tignor nicht mehr mit ein, dass sowohl Kenia wie auch Nigeria Firmen zu einem späteren Zeitpunkt enteigneten.

Die Mehrheit der Studien zu Unternehmen während der Dekolonisation kommt ebenso wie die weitere Dekolonisationsforschung zu dem Schluss, dass Firmen und Wirtschaftsthemen nicht im Mittelpunkt der Unabhängigkeitsbestrebungen standen. Dabei ist ihnen allen gemein (mit der Ausnahme von Nicholas White), dass sie ihren Forschungszeitraum auf den Prozess der politischen Dekolonisation beschränken. Obwohl das Interesse an der Haltung der Privatwirtschaft während der Dekolonisation durch die Kritik an ihrem späteren Einfluss in postkolonialen Afrika geweckt wurde, setzen sich die meisten Arbeiten also nicht mit der langfristigen Firmenstrategie jenseits der Unabhängigkeit auseinander.

49 *Ders.*, The business and the politics of decolonization: the British experience in the twentieth century, in: *EHR* 53, 2000, S. 544–564.

50 *Butler*.

51 Vgl. den Beitrag von *Larry J. Butler* in diesem Band zu unternehmerischen Strategien.

52 *Tignor*, Capitalism and nationalism; *ders.*, The Suez Crisis of 1956 and Egypt's Foreign Private-Sector, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 20, 1992, S. 274–297; *Caroline Piquet*, The Suez Company's Concession in Egypt, 1854–1956: Modern Infrastructure and Local Economic Development, in: *Enterprise & Society: The International Journal of Business History* 5, 2004, S. 107–127; *dies.*, Decolonization and Business: The Case of Egypt, in: *JMH* 59, 1987, S. 479–505.

## II. WIRTSCHAFTSNATIONALISMUS IN AFRIKA UND DER DRITTEN WELT

Der Begriff der wirtschaftlichen Dekolonisation wurde zu einem propagandistischen Modewort in den späten Sechziger- und Siebzigerjahren. In diesem Jahrzehnten wurde der Forschungszeitung der »neuen politischen Ökonomie« (*political economy*) relevant: im 19. Jahrhundert entsprach *political economy* im Wesentlichen der Nationalökonomischen Schule (Friedrich List, David Ricardo, Adam Smith etc.), jedoch im späten 20. Jahrhundert war die *new political economy* bedeutend weniger klassisch liberal und häufig radikaler in ihrer Ausrichtung. Im Folgenden nehme ich ausschließlich auf die moderne politische Ökonomie Bezug, die Politik und Wirtschaft mit ihren mannigfaltigen Zusammenhängen zum Forschungsgegenstand machte und von Politikern, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern definiert wurde.

Außerdem wurde in den frühen Siebzigerjahren der Begriff des multinationalen Unternehmens, kreiert durch David Lilienthal in 1960<sup>53</sup>, zu einem so weit verbreiteten Schlagwort, dass ein Direktor des britisch-holländischen Konzerns Unilever 1973 kommentierte:

»An einem strahlenden Morgen in den frühen Sechzigerjahren wurde ich wach und erfuhr, dass ich der Direktor eines multinationalen Unternehmens war. Es war als hätte jemand diesen seltsamen neuen Begriff übernacht erfunden. [...] Ich wurde wach und stellte fest, dass multinationale Unternehmen ein Stereotyp einer bestimmten Sorte Firma war: groß, böse und unverantwortlich.«<sup>54</sup>

In den Entwicklungsländern rückten die multinationalen Unternehmen zunehmend ins Zentrum von Untersuchungen zur wirtschaftlichen Dekolonisation oder wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Die politische Ökonomie, und, im gewissen Maße unabhängig davon, die Disziplin des *international business* (internationale Unternehmensforschung), dominierten alsbald die Debatten zu diesem Thema. Die internationale Unternehmensforschung war ähnlich multidisziplinär geprägt wie die politische Ökonomie, nur dass sie Unternehmensstrategien in den Mittelpunkt stellte anstatt wirtschaftspolitische Strukturentscheidungen der Staaten. Organisatorisch war sie an *business schools, departments of international studies, international politics* oder manchmal auch in der Geografie angesiedelt.

Ein besonders gutes Beispiel für die Suche nach neuen Ansätzen in den Siebzigerjahren, denen sowohl die neue politische Ökonomie wie auch internationale Unternehmensstudien entstammen, bietet Richard Sklars Arbeit zur Kupferminenindustrie in Sambia, in der er die Rolle der Industrie mit der Methodik der Politologie hinterfragt.<sup>55</sup> In einer faszinierenden Analyse, die auf der einen Seite auf große Sympathie für die politischen Ziele des ersten Präsidenten Kenneth Kaunda schließen lässt, aber auf der anderen Seite die Argumentation und kooperativen Ansätze der Industrie würdigt, zeichnen sich eine Reihe von Fragen ab, die in der Auseinandersetzung zwischen multinationalen Firmen und Gaststaaten in den Siebzigerjahren bestimmend waren: die Effektivität von Verstaatlichungen und Indigenisierung (Übernahme durch staatliche oder private Hand), die Kontrolle der wirtschaftlichen Produktion, die Rolle der Anreize aus der Besteuerung und Lizenzierung für das wirtschaftliche Wachstum. Auch wenn die Ansätze, die sich mit diesen komplexen Problemen auseinandersetzen, unterschiedlicher kaum sein könnten, so werden sie doch geeint durch diese Thematik. Diese große Bandbreite von disziplinären Ansätzen unterstreicht, dass die Fragestellung kaum zufriedenstellend beantwortet wurde, und dass die Funktion und der gesellschaftliche Nutzen multinationaler Firmen in Entwicklungsländern nach wie vor sehr unterschiedlich bewertet werden. Die geschichtliche

53 David E Lilienthal, *The Multinational Corporation*, New York 1960, S. 1.

54 Zitiert nach: Geoffrey Jones, *Renewing Unilever. Transformation and Tradition*, Oxford 2005, S. 326 (eigene Übersetzung).

55 Richard L. Sklar, *Corporate Power in an African state: the political impact of multinational mining companies in Zambia*, Berkeley, CA 1975.

Entwicklung ist in diesem Zusammenhang allerdings der am stärksten vernachlässigte Aspekt.

#### *Historische Ansätze zur wirtschaftlichen Dekolonisation*

Auch wenn sich die Geschichtswissenschaft weniger mit multinationalen Firmen befasste, so gab es doch einige Arbeiten zur Verbindung von Dekolonisation und den Enteignungen von privatem Fremdeigentum im Afrika der Siebzigerjahre. Zumeist wurde es als Indigenisierung oder Afrikanisierung bezeichnet, wenn das Eigentum auf Privatleute übertragen wurde. Verstaatlichungen kamen seltener vor. Sie stammen insbesondere von David Fieldhouse, der zunächst generell in »Black Africa 1945–1980: Economic Decolonization and Arrested Development« nach einer historischen Interpretation der Ereignisse suchte. Später führte er diese Analyse in »Merchant Capital and Economic Decolonization« anhand einer umfassenden Unternehmensgeschichte der United Africa Company (UAC), eine Tochtergesellschaft der niederländisch-britischen Unilever Gruppe, fort.<sup>56</sup> Fieldhouse sieht in der zunehmenden Politisierung der Wirtschaft einen der Hauptgründe für das letztendliche Scheitern der UAC. Der Protektionismus der jüngst unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten in den Sechzigerjahren, gekoppelt mit zunehmendem Wirtschaftsnationalismus und schlechter Konjunktur, wird von ihm als ein »Schatten« beschrieben, der sich in Etappen über Afrika ausbreitete: zuerst in Guinea, Ghana und Kongo/Zaire, in Gambia, Sierra Leone, Tansania, Sambia, Uganda und Nigeria, und dann in anderen französischsprachigen Ländern in den späten Siebzigerjahren.

Diese Interpretation ist in dreierlei Hinsicht problematisch:

1. In vielen Fällen stellten Handelsbeschränkungen und Devisenbewirtschaftung eine Reaktion auf drastisch einbrechende Handelsbedingungen auf internationalen Märkten dar. Dagegen waren Enteignungen, auch wenn diese häufig unter dem Druck sich verschlechternder Wirtschaftsbedingungen stattfanden (obwohl das natürlich nicht für die Enteignungen in OPEC-Ländern galt), ausdrücklich nationalistische Eingriffe ins Privatunternehmertum. Diese beiden Extreme des Wirtschaftsnationalismus waren jedoch nicht immer Reaktionen auf dieselben Hintergründe. Noch dazu lag ihnen zumeist eine ganz andere politische Logik zugrunde. Devisenbewirtschaftung war meistens eine Krisenstrategie, während Unternehmensenteignungen normalerweise durch internen sozialen Druck zugunsten einer Umverteilung von wirtschaftlichen Gewinnen und Möglichkeiten zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Elite und des Mittelstandes verursacht wurden.<sup>57</sup> Auch wenn dies nicht im Detail für mehrere afrikanische Länder erforscht wurde, deuten sowohl die Forschungsergebnisse zur politischen Dynamik innerhalb afrikanischer Staaten als auch Fälle von Ausweisungen und Vertreibungen von Minoritäten (Inder, Libanesen, andere Afrikaner) darauf hin, dass dies ein allgemeines Phänomen in der postkolonialen afrikanischen Wirtschaft ist.

Diese Trends sollten als Teil eines Spektrums gesehen werden, da die Intensität dieser Maßnahmen unterschiedlich stark ausgeprägt war: Enteignungen waren am umfangreichsten in Nigeria, Zaire, Ghana und Kenia und fanden zum Beispiel gar nicht in Botswana statt.<sup>58</sup>

56 David Kenneth Fieldhouse, *Black Africa 1945–80: economic decolonization and arrested development*, London 1986; *ders.*, *Merchant Capital and Economic Decolonisation: The United Africa Company 1929–1987*, Oxford 1994.

57 Mehrere Autoren argumentieren so mit Blick auf Nigeria: Biersteker; Paul Collins, *The political economy of indigenization: The case of the Nigerian enterprises promotion decree*, in: *African Review* 4, 1974, S. 491–508, und auch von mir für Ghana und Nigeria: Decker. Darüber hinaus bin ich der Ansicht, dass dies für eine ganze Reihe afrikanischer Staaten der Fall ist, basierend auf den Arbeiten zum Staat in Afrika.

58 L. L. Rood, *Nationalization and Indigenization in Africa*, in: *Journal of Modern African Studies* 14, 1976, S. 427–447.

Natürlich gab es auch Ausnahmen zu dieser Logik. Tansania unter Julius Nyerere wurde von staatlichen Enteignungen geprägt, die einer eindeutigen politisch-ideologischen Strategie eines sozialistischen Strukturwandels folgten. Im Großen und Ganzen bin ich allerdings davon überzeugt, dass man von einer wirtschaftspolitischen Dynamik sprechen kann, die zeitverzögert auf die Unabhängigkeit folgte. Wie schon erwähnt hat es in den letzten Jahren eine Gesetzgebung in Südafrika gegeben, die versucht, die Eigentumsverhältnisse in der Privatwirtschaft von weißen Afrikanern und Briten zugunsten der schwarzen Südafrikaner zu verschieben, und dies ist auch schon mit Vorgängen in anderen afrikanischen Ländern der letzten vier Jahrzehnte verglichen worden.<sup>59</sup>

2. Auch die auf der Deutung als »Schatten« beruhende zugespitzte These Fieldhouse', dass die wirtschaftliche Dekolonisation das Ende für Firmen wie die UAC darstelle, ist fragwürdig. Viele dieser ursprünglich imperialen Firmen haben in Großbritannien und auch Frankreich überlebt.<sup>60</sup> Die UAC wurde letztlich erst in den Achtzigerjahren aufgelöst, als der Hauptmarkt Nigeria in einer tiefen Rezession steckte und der Eigentümer Unilever eine zentralisierende Konzernstrategie verfolgte. Auch wenn der Prozess, den Fieldhouse als wirtschaftliche Dekolonisation bezeichnet, sicherlich eine Rolle spielte, ist er als alleinige Erklärung nicht überzeugend und im Falle anderer Firmen auch nicht unproblematisch anwendbar.

3. Darüber hinaus ist seine Definition der wirtschaftlichen Dekolonisation unklar. In »Black Africa« beschreibt er diese noch als eine zeitverzögerte Reaktion auf die Unabhängigkeit: »die Emanzipation einer Kolonialwirtschaft von der formalen Kontrolle des imperialen Systems durch den Transfer politischer Souveränität.«<sup>61</sup> In »Merchant Capital« wandelt sie sich. Dort definiert er die Dekolonisation der Wirtschaft mittels politischer Forderungen wie der Öffnung des Handelssektors für Afrikaner<sup>62</sup>, Industrialisierungsbestrebungen und staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft durch eine Entwicklungspolitik, die Unternehmer zwang, sich dieser Politik weitestgehend anzupassen.<sup>63</sup> In vielerlei Hinsicht erinnern seine Beschreibungen dieser zweiten Dekolonisation an Thomas Hodgkins Definition des afrikanischen Nationalismus, die er zum Teil als »revolt against an inferior economic status« (Aufstand gegen einen niedrigen wirtschaftlichen Status) beschrieb.<sup>64</sup> Auch wenn die Argumentation von Fieldhouse problematisch ist, so zählt er doch zu den maßgeblichen Autoren, die die Fragen der wirtschaftlichen Nachwirkung der afrikanischen Unabhängigkeit als zentral für die Entwicklung Afrikas einstufen und auch explizit behandeln.

Von unternehmenshistorischer Seite hat auch Geoffrey Jones diese Fragen in mehreren Studien behandelt, und die Ursachen und Folgen des Wirtschaftsnationalismus für Firmen

59 Diese Vergleiche sind allerdings eher selten, vgl. *Grietje Verhoef*, Economic Empowerment and Performance: Strategies towards indigenisation/Black economic empowerment and the performance of such enterprises in Nigeria and South Africa, since the early 1970's to 2002, in: *Journal of Contemporary History [South Africa]* 29, 2004, S. 92–118; oder auch einen demnächst erscheinenden Beitrag von mir im *Journal of Management Studies* (2009).

60 Vgl. das französische Handelshaus CFAO oder die britisch-ghanaische (und in den letzten Jahren auch südafrikanische) Goldmine Ashanti Goldfields Corporation. *Hubert Bonin*, CFAO (1887–2007): La réinvention permanente du commerce outre-mer, Bordeaux 2008; *A. A. Taylor*, Sam Jonah and the Remaking of Ashanti, Johannesburg 2006.

61 *Fieldhouse*, *Black Africa 1945–80*, S. xviii–xix (eigene Übersetzung).

62 Hierzu hat Axel Harneit-Sievers eine umfangreiche Studie vorgelegt: *Axel Harneit-Sievers*, Zwischen Depression und Dekolonisation: Afrikanischer Handel und Politik in Süd-Nigeria, 1935–1954, Saarbrücken 1991. Ein ähnliches Thema wird auch von Jan-Georg Deutsch aufgegriffen: *Jan-Georg Deutsch*, Educating the Middlemen: A Political and Economic History of Statutory Cocoa Marketing in Nigeria, 1936–1947, Berlin 1995.

63 *Fieldhouse*, *Merchant Capital and Economic Decolonisation*, S. 413.

64 *Hodgkin*, *Nationalism in colonial Africa*, S. 115.

in unterschiedlichen Branchen (Petroleum, Bank- und Finanzgeschäfte, Handel und Konsumgüterindustrie) hinterfragt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Handlungsspielraum für Unternehmen in solchen Situationen erstaunlich gering war.<sup>65</sup> Dabei identifiziert er verschiedene Phasen der Weltwirtschaft, die zwischen globaler und nationalistischer Gesinnung schwanken.<sup>66</sup> Eine relativ globale Phase wie die des Imperialismus forderte durch die mit ihr verbundene Ungerechtigkeit eine Gegenbewegung heraus. Hierin sieht er einen Appell, in Phasen einer zunehmenden Internationalisierung oder Globalisierung eine Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern zu vermeiden und sicherzustellen, dass in internationalen Verhältnissen die schwächeren Parteien fair behandelt werden müssen, insbesondere im Zusammenhang mit den negativen Effekten einer freien Weltwirtschaft. Gemeint sind dabei staatliche Akteure wie die Entwicklungsländer oder auch soziale Gruppen innerhalb von Staaten, wie zum Beispiel Niedrigverdiener.

#### *Der postkoloniale Staat in Afrika*

Um die Handlungsmöglichkeiten von multinationalen Unternehmen in Afrika adäquat einschätzen zu können, ist es notwendig, sich mit dem Charakter des postkolonialen afrikanischen Staates auseinander zu setzen. Eine gute Einführung bietet Rainer Tetzlaffs und Cord Jakobeits »Das nachkoloniale Afrika«, in der sie auf den hohen Grad der personenabhängigen Informalität verweisen, der sowohl die Politik wie auch die Wirtschaft bestimmt.<sup>67</sup> Die zentrale Debatte dreht sich um die Frage, ob der Staat in Afrika als schwach oder stark einzustufen ist. Da afrikanische Staaten den schwachen institutionellen Aufbau der ehemaligen Kolonialregierungen geerbt haben, wird das Erstere gern angenommen, insbesondere in der Politikwissenschaft wie auch von Organisationen wie der Weltbank.<sup>68</sup> Jean-Francois Bayarts alternative Vorstellung eines starken afrikanischen Staates hat dagegen einen großen Einfluss in der Afrikanistik. In seiner Interpretation funktioniert das westliche Staatsmodell lediglich als Maskerade, die von Eliten kontrolliert wird. Diese Eliten sind wiederum durch Klientelverhältnisse tief in der afrikanischen Gesellschaft verwurzelt; daher stammt seine Einschätzung eines starken, wenn auch nicht institutionalisierten Staates.<sup>69</sup> Das Argument des Patronats- und Klientelstaates ist auch Grundlage der meisten Ansätze aus der Politologie und politischen Ökonomie, wie zum Beispiel Robert Bates' Studie zum Verhältnis von staatlicher Politik und der Struktur von Märkten in Afrika.<sup>70</sup>

Eine gute einführende Zusammenfassung dieser Interpretationen des afrikanischen postkolonialen Staates stammt von Frederick Cooper, der den Staat als einen »Torwächter« (gatekeeper state) beschreibt.<sup>71</sup> Als Folge des kolonialen Erbes hatten die gerade unab-

65 Jones, *Renewing Unilever*. Weitere Studien von *Geoffrey Jones: Banking and Empire in Iran*, Cambridge 1986; *Banking and Oil*, Cambridge 1987; *British Multinational Banking, 1830–1990*, New York 1993; *Merchants to multinationals: British trading companies in the nineteenth and twentieth centuries*, Oxford 2000.

66 *Ders.*, *Multinationals and Global Capitalism from the nineteenth to the twenty-first century*, Oxford 2005.

67 *Tetzlaff/Jakobeit*, insb. Kapitel 4.

68 Eine Übersicht zu einigen Titeln dieser Richtung gibt *John Quinn*, *W(h)ither the State (System)?*, in: *International Politics* 38, 2001, S. 437–446.

69 *Jean-Francois Bayart*, *The state in Africa: the politics of the belly*, London 1993. Eine einflussreiche Fallstudie vonseiten der Afrikanistik ist außerdem *Larry Diamond*, *Democracy and Prebendal Politics in Nigeria: The Rise and Fall of the Second Republic*, Cambridge 1987.

70 *Robert H. Bates*, *Markets and States in Tropical Africa: The Political Basis of Agricultural Policies*, Berkeley/Los Angeles, CA/London 1981. Vgl. auch sein neu erschienenes Buch: *When Things Fell Apart: State Failure in Late-Century Africa*, Cambridge 2008.

71 *Cooper*, *Africa since 1940*, S. 156–190.

hängig gewordenen Staaten vor allem Kontrolle über die Ein- und Ausfuhren, über den Nexus zu internationalen Märkten. Hier wurde Mehrwert produziert, der von der politischen Klasse effektiv abgeschöpft werden konnte, mit denen alternative, lokal basierte Einkommensmöglichkeiten nicht konkurrieren konnten. Dies war vor allem für die Entwicklung der Privatwirtschaft von großer Bedeutung, da somit Unternehmer in hohem Maße von der Qualität ihrer politischen Verbindungen abhängig sind.

Ein problematischer Aspekt in vielen Interpretationen des postkolonialen Staates ist die Tendenz, den Ländern im Bürgerkrieg, den Diktaturen und der zerfallenden Staatsgewalt besonderes Augenmerk zu schenken. Es gibt eine Reihe von Staaten, die »funktionieren«: Einige asiatische Länder sind im eingeschränkten Maße sogar erfolgreich, trotz Korruption, Cliquenwirtschaft und Günstlingskapitalismus (*crony capitalism*).<sup>72</sup> Daher ist es wichtig zu unterstreichen, dass das Chaos in Afrika als politische Methode in vielen Fällen durchaus funktioniert.<sup>73</sup>

#### *Politik- und wirtschaftswissenschaftliche Studien zur Rolle von Unternehmen in Afrika*

Die Studien zum Wirtschaftsnationalismus aus dem Bereich der politischen Ökonomie und der *international studies* integrieren politische mit wirtschaftlichen Erklärungsmustern und verweisen dabei häufig auf die historische Entwicklung hinter diesen Zusammenhängen. Thomas Biersteker zum Beispiel arbeitet in seinem Buch über Unternehmen und Enteignungen im Nigeria der Siebzigerjahre die lange Tradition von wirtschaftsnationalistischen Forderungen heraus, die bis in die Fünfzigerjahre hineinreicht.<sup>74</sup> Tatsächlich haben Afrikanisten wie Jan-Georg Deutsch, Axel Harneit-Sievers und auch Antony Hopkins mit ihren Arbeiten gezeigt, dass diese Diskurse bereits in den Dreißigerjahren bestanden hatten.<sup>75</sup> Trotz dieser langen Vorgeschichte waren sich die meisten Forscher des postkolonialen Afrika einig, dass die Dekolonisation nach wie vor als eine der Ursachen des Wirtschaftsnationalismus einzustufen war. Nichtsdestoweniger gab es kaum historische Erklärungsansätze in den gesellschaftswissenschaftlichen Arbeiten. Stattdessen wurde das Phänomen besonders im internationalen Kontext analysiert, vonseiten der internationalen Unternehmensstudien besonders von Stephen J. Kobrin und Charles Kennedy, die sich mit der weltweiten Zunahme von Firmenenteignungen auseinandersetzten (siehe Abbildung 1).<sup>76</sup> Diese Form der Gesetzgebung nahm in den späten Sechzigerjahren zu, erreichte ihren Höhepunkt in den Siebzigerjahren und schwächte sich Anfang der Acht-

72 Für europäische Historiker ist der Vergleich zum mittelalterlichen Lehnswesen hilfreich, auch wenn derlei Parallelen nicht überstrapaziert werden sollten. Das gegenwärtige Afrika mit dem historischen Europa zu identifizieren, birgt die Gefahr, die zukünftige Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Kontinent nach dem Muster der westlichen Welt vorauszusagen. Dafür wurde zum Beispiel W. W. Rostows Arbeit zu Recht kritisiert: *Walt Whitman Rostow, The stages of economic growth: a non-communist manifesto*, Cambridge, Mass. 1960.

73 Hier sei auf die einflussreiche Studie von Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz verwiesen, die jedoch häufig auf besonders extreme Fälle verweist: *Chabal/Daloz*. Manchmal erinnert diese Argumentation, wie politische Kontrolle trotz schwacher Institutionen aufrecht erhalten wird, an die Beschreibung des Staatsapparates (des *non-state*) in *Franz Neumann*, *Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism*, New York 1942.

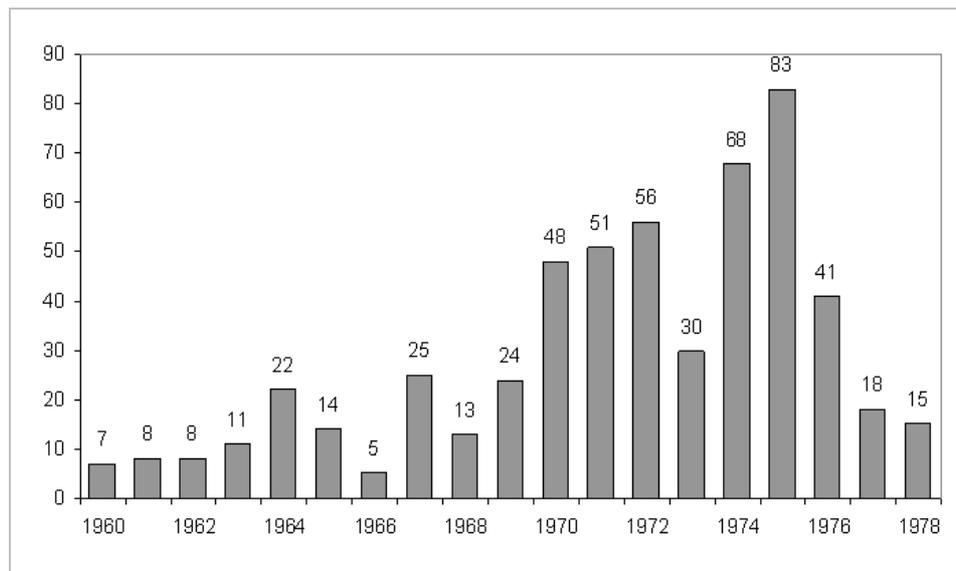
74 *Thomas J. Biersteker*, *Multinationals, the State, and the Control of the Nigerian Economy*, Princeton, NJ 1987, S. 53–62.

75 *Harneit-Sievers*; *Deutsch*; *Antony G. Hopkins*, *Economic Aspects of Political Movements in Nigeria and the Gold Coast 1918–1939*, in: *Journal of African History* 7, 1966, S. 133–152.

76 *Stephen J. Kobrin*, *Expropriation as an Attempt to Control Foreign Firms in LDCs*, in: *International Studies Quarterly* 28, 1984, S. 329–348; *Charles R. Kennedy*, *Relations between Transnational Corporations and Governments in Host Countries: a look into the Future*, in: *Transnational Corporations* 1, 1992, S. 67–91.

zigerjahre stark ab. Die Mehrzahl der Enteignungsgesetze wurde in Afrika ratifiziert, gefolgt von Lateinamerika.

Abbildung 1: Gesetzgebung zur Firmenenteignung weltweit



Eigene Zusammenstellung. Quellen: *Stephen J. Kobrin*, Expropriation as an Attempt to Control Foreign Firms in LDCs, in: *International Studies Quarterly* 28, 1984, S. 329–348, hier: S. 336; *Charles R Kennedy*, Relations between Transnational Corporations and Governments in Host Countries: a look into the Future, in: *Transnational Corporations* 1, 1992, S. 67–91, hier: S. 69; *Fiona Boyd*, Expropriation of Alien Property in International Law: A Study of Recent State Practice concerning British Nationals, M. Phil. Law, University of Nottingham, 1988, S. 29.

Es gab sehr wenige Überblicksdarstellungen zum Wirtschaftsnationalismus, und diese, wie zum Beispiel die von Peter Burnell<sup>77</sup>, lieferten selten überzeugende Gesamtkonzepte, die den Wirtschaftsnationalismus weltweit und historisch durch die Jahrzehnte überzeugend erklären konnten. Im Gegensatz dazu bietet der kanadische Wirtschaftswissenschaftler Harry G. Johnson ein Konzept an, das wiederum auf eine Studie von Albert Breton zu Kanada zurückgreift und das sich auf die politischen und gesellschaftlichen Determinanten des Nationalismus bezieht.<sup>78</sup> Bretons Ansatz geht davon aus, dass der Nationalismus in der Wirtschaft in erster Linie der Redistribution von Vermögen und Einkommen hin zur (gebildeten) Mittelschicht dient. Diese Gruppe hatte häufig einen eher unsicheren wirtschaftlichen Status, bezog abhängige Einkommen im Beamten- oder Angestelltenverhältnis und profitierte unverhältnismäßig von nationalistischer Wirtschaftspolitik, die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft und in Staatsunternehmen schuf.

<sup>77</sup> *Peter J. Burnell*, *Economic Nationalism in the Third World*, Brighton 1986.

<sup>78</sup> *Harry Gordon Johnson*, A Theoretical Model of Economic Nationalism in New and Developing States, in: *ders.* (Hrsg.), *Economic Nationalism in Old and New States*, London 1967, S. 1–16; *Albert Breton*, The Economics of Nationalism, in: *The Journal of Political Economy* 72, 1964, S. 376–386.

Diese Analyse ist durchaus zutreffend für die stark redistributiv organisierten Staaten Afrikas, die häufig als neopatrimonialistische oder auch Rentierstaaten bezeichnet werden.<sup>79</sup> Harry Johnson entwickelte Bretons Idee weiter, insbesondere mit Bezug auf die sogenannten neuen Staaten und argumentierte, dass im Wirtschaftsnationalismus eine Gemeinschaft tatsächlichen privaten Konsum aufgab im Austausch für ein Gemeinschaftsgut (*public good*), das normalerweise als die wie auch immer gestaltete ›Kontrolle der Nationalwirtschaft‹ beschrieben wurde. Dies konnte entweder zur gesellschaftlichen Modernisierung beitragen, indem ein entwicklungsorientierter Staat (wie zum Beispiel Südkorea oder Singapur) diese nationalen Ressourcen fortschrittlich einsetzte, aber auch als ›Opium fürs Volk‹ den sozialen Umbruch ersetzen, indem die nationalen Ressourcen lediglich zum privaten Griff ins Staatssäckel führten (was in den Debatten zum Staat in Afrika durch die Begriffe Redistribution oder Korruption erfasst wird). In Afrika war die zweite Option eindeutig häufiger anzutreffen.

Die gesellschaftswissenschaftlichen Ansätze erschweren es, eine klare Verbindung zwischen radikaler nationalistischer Wirtschaftspolitik und der Dekolonisation zu ziehen, eben weil hier Vergleiche zwischen ähnlichen Systemen in Zeit und Raum vorgenommen wurden. Wirtschaftsnationalismus und Enteignungen fanden auch in Südostasien und Lateinamerika in diesem Zeitraum statt, auch wenn man hier von Kolonialismus oder den Nachwirkungen des informellen Imperialismus sprechen könnte. Ebenso stellen die kommunistischen Enteignungen in Russland, China und Kuba sowie die nationalistischen Bestrebungen in der Zwischenkriegszeit in Osteuropa alternative Formen des Wirtschaftsnationalismus dar. Und nicht nur Alexander Gerschenkron hat mit seinem »Economic Backwardness in Historical Perspective« auf die deutsche Wirtschaftspolitik im 19. Jahrhundert aufmerksam gemacht, denn einige Autoren verweisen auch auf Friedrich Lists Werk, der nationale Interessen stärker in die Wirtschaftspolitik einbinden wollte als es zu diesem Zeitpunkt üblich war.<sup>80</sup> Tatsächlich reichen die Wurzeln des modernen Wirtschaftsnationalismus zurück bis zur merkantilistischen Politik vieler europäischer Länder im 18. und 19. Jahrhundert und so weit wie die Wirtschaftspolitik Japans und Südkoreas im 20. Jahrhundert.

Der Wirtschaftsnationalismus in Osteuropa ist in den letzten Jahren umfassend erforscht worden durch eine Gruppe an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, deren Arbeit in dem Sammelband »History and Culture of Economic Nationalism in East Central Europe« gebündelt vorgelegt wurde.<sup>81</sup> Hierin stellt vor allem Joseph Love klar, inwieweit wirtschaftsnationalistische Bewegungen weltweit miteinander in Bezug stehen, indem er aufzeigt, wie die Ideen des rumänischen Wirtschaftswissenschaftlers Mihail Manoilescu von lateinamerikanischen Autoren, insbesondere dem Argentinier Raúl Prebisch, aufgegriffen wurden.<sup>82</sup> Wie die Studien von Harry G. Johnson und die der Frankfurt/Viadrina-Gruppe zeigen, ist es nach wie vor hilfreich, einen internationalen Vergleich auch zu nicht-kolonialen Gesellschaften herzustellen.

Gibt es also einen Wirtschaftsnationalismus speziell in Afrika, den man als eine zeitverzögerte Dekolonisation der Wirtschaft bezeichnen könnte? Die Parallele mit dem po-

79 Vgl. z. B. Bates.

80 Alexander Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective: A book of essays*, Cambridge 1962; Friedrich List, *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Stuttgart 1841.

81 Helga Schultz/Eduard Kubû (Hrsg.), *History and Culture of Economic Nationalism in East Central Europe*, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006, 327 S., geb., 51,00 €.

82 Joseph L. Love, *Flux and Reflux: Interwar and Post-war Structuralist Theories of Development in Romania and Latin America*, in: Schultz/Kubû, *Economic Nationalism*, S. 71–86. Dies basiert auf seinem Buch: *ders.*, *Crafting the Third World: Theorizing Underdevelopment in Rumania and Brazil*, Stanford 1996.

litischen Prozess der Unabhängigkeit ist vielleicht nicht immer hilfreich, da andere Länder ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Allen Fällen ist aber gemeinsam, dass weite Bevölkerungsteile die wirtschaftliche und soziale Ordnung als ungerecht empfanden, in der gewisse Gruppen, ob ethnisch, sprachlich oder sozial definiert, einen Vorteil genossen. Wenn als Folge eines politischen Umbruchs die vormalig (relativ oder absolut) benachteiligten Bevölkerungsteile Zugang zu der Gesetzgebungsmacht und den Ressourcen des Staatsapparats erhielten, eröffneten sich Möglichkeiten (bei wachsendem Reformdruck), die gesetzlichen Rahmenbedingungen so umzustrukturieren, dass neue Gruppen Vorteile erhielten und unter Umständen andere Favoriten ausbooten konnten. Für Afrika wird dieser Prozess durch die Dekolonisation bestimmt, in anderen Ländern hat es historisch anders gelagerte, aber ähnlich geartete Umwandlungen gegeben, die den gleichen Effekt hatten. So kann man nur von der Dekolonisation der Wirtschaft sprechen, wenn man sich im Klaren ist, dass man es gleichermaßen mit einem Wirtschaftsnationalismus zu tun hat, der über eine rein imperialistische Folgeerscheinung hinausgeht. Da die meisten Definitionen der wirtschaftlichen Dekolonisation noch unschärfer sind als die des Wirtschaftsnationalismus, ist die Begrifflichkeit hier nicht unbedingt eine einfache Wahl.

#### *International Business und die Erforschung multinationaler Konzerne*

Inwieweit spielten die multinationalen Konzerne eine Rolle im Rahmen der gesellschaftswissenschaftlichen Erklärungen des Wirtschaftsnationalismus? In vielerlei Hinsicht wurden diese Firmen als internationale Akteure wahrgenommen, die sich staatlicher Macht weitestgehend entziehen konnten (auch wenn das nicht immer der Selbstwahrnehmung vieler Unternehmen entsprach) und deren Wirtschaftsmacht die der einzelnen Entwicklungsländer bei weitem übertraf.<sup>83</sup> In den Siebziger- und Achtzigerjahren kam eine unüberschaubare Flut von Titeln zur Rolle der multinationalen Unternehmen auf den Markt, mit sehr unterschiedlichen ideologischen Orientierungen. Im Folgenden werden die bedeutendsten Studien kurz erläutert.

Besonders einflussreich war Raymond Vernons Buch »Sovereignty at Bay« von 1973, in dem er darauf hinwies, dass die staatliche Souveränität nicht allein durch die Aktivitäten der multinationalen Unternehmen beschränkt wird, sondern vor allem durch die zunehmende Interdependenz zwischen Staaten und Wirtschaftssystemen weltweit.<sup>84</sup> Wie auch schon von Biersteker, Collins, Breton und Johnson argumentiert wurde, »haben multinationale Unternehmen häufig als nichtsahnende und unwillige Blitzableiter für eine Reihe von sehr verschiedenen gesellschaftlichen Kräften [besonders aus den gehobenen Schichten] in den Entwicklungsländern gedient.«<sup>85</sup> Seine Empfehlung an die Politik lautet vielmehr, dem japanischen Beispiel einer *unbundling*-Strategie zu folgen, das heißt einheimische Firmen zu veranlassen, unabhängige Quellen für Kapital und technologische Bedürfnisse zu erschließen, um sich so politisch unabhängig Zugang zu internationalen Märkten zu verschaffen.<sup>86</sup>

83 Diese Behauptungen erfreuen sich bis heute großer Beliebtheit, sind aber problematisch. Ein bekannter Vergleich ist der von Staaten und Firmen, in der das Bruttosozialprodukt mit dem gesamten Absatz von Großkonzernen verglichen wird. Diese Konzepte sind aber nicht wirklich vergleichbar – würden alle Kaufgeschäfte in einer Nationalwirtschaft erfasst, wären auch die ärmsten Länder bedeutend größer als die Konzerne. Noch dazu wird in Entwicklungsländern nur ein kleiner Teil der Wirtschaftsverhältnisse statistisch erfasst – die sogenannte duale Wirtschaft, die sich in einen formalen und einen größeren informellen Sektor aufteilt. Vgl. zu dieser Problematik den Beitrag von *Daniel Speich* in diesem Band.

84 *Raymond Vernon*, *Sovereignty at bay: the multinational spread of US enterprises*, Harmondsworth 1973.

85 Ebd., S. 145 (eigene Übersetzung).

86 Ebd. S. 172.

Er führt die Idee des multinationalen Blitzableiters weiter, indem er die Unternehmen in den Kontext der postkolonialen Debatte um Entwicklungshilfe und Handelsvergünstigungen stellt:

»Die Regierungsvertreter der Entwicklungsländer sind jedoch entschlossen, diese kleinen Vergünstigungen nicht als eine Form der Wohltätigkeit zu erhalten, sondern als ein Anrecht. In der sich daraus entwickelnden Debatte werden die multinationalen Firmen als Instrument vergangener Ungerechtigkeit und gegenwärtiger Ungleichheit dargestellt.«<sup>87</sup>

Hier sieht Vernon dieselbe Dynamik, die Jahrzehnte später von Frederick Cooper und Randall Packard für die Ideen der Entwicklungszusammenarbeit detailliert untersucht wurde. Die historische Erfahrung von Ungerechtigkeit und Benachteiligung führte dazu, dass Entwicklungsländer eine oft unnachgiebige Handlungsposition einnahmen, wenn sie in der Lage waren, Vergünstigungen einzufordern. Dabei wurden moralische Argumente verwendet, auch wenn der tatsächliche langfristige Nutzen dieser Eingeständnisse oft hinter den Erwartungen zurückblieb.

Raymond Vernons Buch war lediglich eines der meistbeachteten aus einer ganzen Reihe von wichtigen Studien vonseiten der internationalen Unternehmensstudien. Louis Wells schrieb umfassend über die Verhandlungen zwischen multinationalen Unternehmen, insbesondere der Bergwerk- und Metallminenbranche, und Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika und war auch in vielen Fällen als Berater sowohl auf Seiten der Staaten wie auch der Firmen involviert.<sup>88</sup> Theodore Moran untersuchte die Kupferminenindustrie in Chile, und Stephen Kobrin trug maßgeblich zur Weiterentwicklung der Analyse von politischen Investitionsrisiken (*political risk assessment*) in Firmen bei.<sup>89</sup> All diese Autoren haben die gemeinsame Grundannahme, dass die Aufrechterhaltung von Eigentumsverhältnissen (*property rights*) die Grundlage jeglichen Wirtschaftswachstums darstellt, die für eine effektive und langfristige Armutsbekämpfung unabdinglich sind.

Multinationale Firmen standen auch im Mittelpunkt von marxistisch geprägten Kritikern unternehmerischer Macht. Interessant ist in diesem Zusammenhang Stephen Hymer, dessen frühes Werk grundlegende Thesen zur Internationalisierung von Firmen lieferte, der aber in späteren Jahren zu ihrem Kritiker wurde.<sup>90</sup> Hier bestehen enge Verbindungen zu den Arbeiten von Walter Rodney und Immanuel Wallerstein, und viele Studien aus dieser Tradition sind auch häufig schwächer in der detaillierten Diskussion von Firmen als in wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Rahmenargumenten. Da multinationales Kapital generell als unmoralisch und schädlich eingestuft wurde, wurde eine genaue und substanzielle Erforschung der Logik, die hinter dem Aufbau und der Strategie dieser Un-

87 Ebd., S. 149.

88 *Louis Wells/David N. Smith*, *Negotiating Third World Mineral Agreements: Promises as Prologue*, Cambridge, Mass. 1976; *Louis T. Wells/N. Fagre*, *Bargaining Power of Multinationals and Host Governments*, in: *Journal of International Business Studies* 13, 1982, H. 3, S. 9–23; *Louis T. Wells*, *Social Cost/Benefit Analysis for MNC's*, in: *Harvard Business Review* 53, 1975, H. 2, S. 40–154 (8 S. insgesamt).

89 *Theodore H. Moran* (Hrsg.), *Multinational corporations: the political economy of foreign direct investment*, Lexington, Mass. 1985; *Stephen Kobrin*, *Expropriation as an Attempt to Control Foreign Firms*; *ders.*, *Assessing Political Risk Overseas*, in: *Wharton Magazine*, 6, 1982, S. 24–31; *ders.*, *Political Assessment by International Firms – Models or Methodologies*, in: *Journal of Policy Modeling* 3, 1981, S. 251–270.

90 *Stephen H. Hymer*, *The international operations of national firms: a study of direct foreign investment*, Cambridge, Mass. 1976; *ders.*, *The multinational corporation: a radical approach: papers by Stephen Herbert Hymer*, in: *Robert B. Cohen* (Hrsg.), *Selected works*, Cambridge 1979. Für eine Würdigung seiner Arbeit siehe *Christos N. Pitelis*, *Stephen Hymer: Life and the Political Economy of Multinational Corporate Capital*, in: *Contributions to Political Economy* 21, 2002, S. 9–26.

ternehmen stand, von diesen Kritikern oft nicht vorgenommen. Genauso wenig wurden die potenziellen Gefahren eines zu aggressiven Wirtschaftsnationalismus thematisiert. Die Schäden dieser Politik waren erst nach ein paar Jahren wirklich sichtbar, und wurden dann auf das weltwirtschaftliche System geschoben, das arme Länder ausbeutete. Dass diese Länder jedoch innerhalb dieses Systems agierten und sich behaupten mussten, wurde dabei ignoriert. Letztendlich hat der Erfolg der asiatischen »Tigerstaaten«, Chinas und Indiens dazu geführt, dass diese Tradition, auf die sich auch die Anti-Globalisierungsbeziehung vor einigen Jahren bezog, an Glaubwürdigkeit verlor.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren stand die Kommission für Handel und Wirtschaftsentwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) zwischen diesen ideologischen Fronten und wurde alsbald zu einem wichtigen Zentrum der statistischen Erfassung und Forschung. Mehrere Publikationen zu multinationalen Firmen weltweit, die zunächst im Fünfjahrestakt erschienen, entwickelten sich langfristig zum *World Investment Report*, der nun jedes Jahr erscheint, eine umfassende statistische Erfassung von globalem Kapital bietet und sich mit wechselnden Themen befasst. So hat sich aus dieser Debatte langfristig eine regelmäßige Standardveröffentlichung für internationale Unternehmensforschung entwickelt.<sup>91</sup>

#### *Die Bedeutung von Eigentumsrechten für die wirtschaftliche Entwicklung*

Der grundlegende Unterschied zwischen diesen diametral entgegengesetzten Interpretationen ist, wie in vielen anderen Debatten (man denke hier an den Patentschutz von Medikamenten in Entwicklungsländern) die Bedeutung, die der Sicherstellung der *property rights* für die nachhaltige Entwicklung eines Landes beigemessen wird. Vertreter einer marxistischen Ideologie waren jeglichem Eigentum selbstverständlich abgeneigt, von liberal-marktwirtschaftlichen Ansätzen wurden sie dagegen als die Basis einer funktionierenden Sozial- und Wirtschaftsordnung eingestuft.

Als ein klarer Verfechter der Eigentumsrechte und ihrer internationalen Sicherstellung fasste Charles Lipson die wechselnden Einstellungen und politischen Kräfteverhältnisse in seiner historischen Studie »Standing Guard: Protecting Foreign Capital in the Nineteenth and Twentieth Centuries« zusammen.<sup>92</sup> Für ihn ist der Imperialismus eine Form der politischen und militärischen Sicherung von Eigentumsrechten. Diese Form der Sicherung ist jedoch problematisch, da die Rechtsverhältnisse bestehender vorkolonialer Ordnungen häufig missachtet wurden. Daher mangelte es den imperial durchgesetzten Rechtssystemen häufig an Legitimität, auch wenn vorkoloniale Rechtssysteme ebenso problematisch sein konnten (aber gerne durch eine verklärende Brille gesehen werden). Somit trug die Art und Weise der Durchsetzung der Eigentumsrechte gewissermaßen den Keim ihrer späteren Umstrittenheit in sich.

In diesem Zusammenhang sollte man aber nicht alle Kolonialreiche über einen Kamm scheren, da selbst innerhalb des Empire Unterschiede zwischen Siedler- und nichtbesiedelten Kolonien bestanden, ja sogar innerhalb verschiedener Regionen einer einzelnen

91 United Nations Commission on Transnational Corporations, *Transnational Corporations in World Development: A Re-examination*, New York 1978; dies., *Transnational Corporations in World Development: Third Survey*, New York 1983; dies., *Transnational Corporations in World Development: Trends and Prospects*, New York 1988. In den letzten Jahren hat der *World Investment Report* Themen wie zum Beispiel »FDI from Developing and Emerging Economies«, 2006, aufgegriffen. Die Berichte sind auf der Webseite frei verfügbar, URL: <<http://www.unctad.org/WIR>> [29. April 2008].

92 Charles Lipson, *Standing Guard: Protecting Foreign Capital in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, Berkeley, CA/London 1985.

Kolonie.<sup>93</sup> Dies hatte großen Einfluss darauf, wie vorkoloniale Rechtsverhältnisse von Kolonialverwaltungen übernommen wurden. Und wie zu allen Debatten gibt es auch hier eine Gegenposition, die besagt, dass insbesondere die unvollständige Einführung von individuellem Immobilieneigentum die wirtschaftliche Entwicklung vieler afrikanischer Länder bis heute beeinträchtigt – man stelle sich ein Land vor ohne Katasteramt, mit Großfamilien und einem komplexen, nicht eindeutigen Erbrecht, welches im Wesentlichen Gewohnheitsrecht ist.<sup>94</sup>

#### *Die Ursachen des Wirtschaftsnationalismus in Afrika*

Obwohl Landbesitz und Rechtsverhältnisse zu den maßgeblichen Problemen in Afrika zählen, so verbirgt sich doch eine andere Dynamik hinter den Enteignungen und dem Wirtschaftsnationalismus. Auch wenn diese oft propagandistisch als wirtschaftliche Dekolonisation verkauft wurden, ist der Zusammenhang mit dem Imperialismus weniger eindeutig als häufig angenommen. Diese Verbindung wurde vom Anthropologen Clifford Geertz mit großem Verständnis beschrieben:

»Das Bewusstsein, dass das Machtungleichgewicht zwischen den neuen Staaten und dem Westen nicht nur nicht korrigiert wurde durch das Ende des Kolonialismus, sondern sich in vielerlei Hinsicht noch verstärkte, während gleichzeitig die abmildernde Wirkung der kolonialen Herrschaft gegenüber den direkten Auswirkungen dieses Ungleichgewichts entfiel, führte zu einer viel intensiveren und generalisierten Sensibilisierung gegenüber ausländischer Einflussnahme, da sich nun diese jungen Staaten allein gegenüber stärkeren, erfahreneren und etablierteren Ländern behaupten mussten.«<sup>95</sup>

Die Wahrnehmung einer ungerechten bestehenden oder vergangenen Wirtschaftsordnung führte zu extremen Gegenbewegungen, die als Wirtschaftsnationalismus, oder wie im Falle Afrikas zwischen 1960 und 1980, als wirtschaftliche Dekolonisation bezeichnet wurden. Dies bedeutet nicht, dass Afrikas Erfahrung nicht vergleichbar ist mit dem Nationalismus anderer Regionen oder historischer Epochen, sondern dass in diesem Zusammenhang insbesondere die enttäuschten Hoffnungen einer Dekolonisationsbewegung die Form dieser Handlungen maßgeblich bestimmten.

Dieser sozusagen internationale Faktor wird ergänzt durch die interne Dynamik der postkolonialen Staaten und gesellschaftlichen Entwicklung, die dazu führten, dass soziale oder auch ethnische Gruppierungen den Zugang zum Staatsapparat suchten, um die eigene Lebensgrundlage und Macht, wie auch die ihrer (in verschiedenen afrikanischen Ländern verschieden definierten) Klientel, zu stärken. Die Kontrolle über die Ein- und Ausfuhr von Produkten und Rohmaterialien wie auch das Anrecht, über Investitionen im Land zu entscheiden, waren im kolonialen Staat verankert gewesen und wurden anschließend übernommen (Torwächter-These). Da die Entwicklung afrikanischer Länder durch umfassende und rapide Industrialisierung in den Sechziger- und Siebzigerjahren eindeutig gescheitert war, wurde die Kontrolle der Zugangsrechte ins Staatsgebiet zur einzig wirtschaftlich relevanten Einkommensquelle, von der Eliten auf westlichem Niveau leben konnten. Dieser Prozess des Ringens um staatliche Kontrollmöglichkeiten wurde in seiner extremen Formen vom Soziologen Claude Ake für Nigeria 1981 beschrieben:

93 Als Beispiel hierfür vgl. *Gareth Austin*, *Labour, land, and capital in Ghana: from slavery to free labour in Asante, 1807–1956*, Rochester 2005. In dieser Studie untersucht Gareth Austin u. a. die komplizierte Landrechtssituation in Asante vor und während der Kolonialzeit.

94 Vgl. zum Beispiel *Andreas Eckert*, *Grundbesitz, Landkonflikte und kolonialer Wandel: Douala 1880 bis 1960*, Stuttgart 1999; *Austin*.

95 Geertz, S. 237 (eigene Übersetzung).

»Gegenwärtig scheint sich der nigerianische Staat überall einzumischen und dem Staat scheint praktisch alles zu gehören und alles zu kontrollieren, insbesondere den Zugang zu Status und Vermögen. Dementsprechend entwickelt sich ein verzweifelter Kampf darum, wer den Staat kontrolliert, denn dies bedeutet, dass man praktisch allmächtig wird und alles besitzt. Politik wird zum Krieg, es geht um Leben und Tod.«<sup>96</sup>

Bis heute gibt es nur wenige große afrikanische Unternehmen, die nur für den nationalen Markt produzieren und keinen Zugang zum Weltmarkt haben (das Gegenteil ist der Fall für die Mikro-Firmen, Klein- und Mittelständler, insbesondere im informellen Sektor). Natürlich ist das überspitzt formuliert, auch in den Industrieländern sind die größten Firmen international, aber in vielen afrikanischen Ländern sind die alternativen Einkunfts-möglichkeiten schlichtweg begrenzt, da afrikanische Absatzmärkte im globalen Vergleich einfach sehr klein waren und immer noch sind.

Multinationale Firmen fanden sich im Zwiespalt zwischen dem internen Ringen um eine Umverteilung von staatlichen Einkommensquellen und der internationalen Dynamik, die afrikanischen Staaten eine Etablierung im internationalen politischen und wirtschaftlichen System erschwerte.<sup>97</sup> Viele Autoren der internationalen Unternehmensstudien, insbesondere Stephen Kobrin, haben behauptet, dass die Enteignungen ein Versuch der Entwicklungsländer darstellen, ihre nationale Wirtschaft zu kontrollieren.<sup>98</sup> Meiner Ansicht nach ist das eine Überbewertung der internationalen Aspekte des Phänomens des Wirtschaftsnationalismus, auch wenn dies für andere Formen von Enteignungen als die in Afrika (und Kobrin bezieht sich auf den weltweiten Trend) durchaus zutreffen mag.

Wie bereits am Anfang erwähnt, traten in Afrika die sogenannten Indigenisierungsgesetze viel häufiger auf als Nationalisierungen. Der Staat ermöglichte Privatpersonen, billig Anteile an internationalen Firmen zu erwerben (und die kleinen bis mittelständischen Betriebe der Libanesen, Inder und anderer Afrikaner vollständig zu übernehmen), und erwarb häufig nur in bestimmten Wirtschaftszweigen selbst Anteile. Noch seltener waren Totalenteignungen, wie die in Tansania, die ideologisch beeinflusst waren und hier angenommen werden. Selbst wenn der Staat Firmen teilverstaatlichte, so war der Staatsapparat häufig dermaßen von Privatinteressen dominiert (im Englischen als »captured« bezeichnet), so dass dies ebenso zur finanziellen Einkommensquelle einflussreicher Personen und ihrer Klientel wurde.<sup>99</sup>

Die Form der Enteignungsgesetzgebung in Afrika ist letztendlich ein Beweis dafür, dass die weltweite Welle von Enteignungen nicht unbedingt ein Gesamtphänomen darstellte, sondern dass kontinentale Unterschiede zum Beispiel zwischen Lateinamerika (Nationalisierungen) und Afrika (mehrheitlich Indigenisierung) durch landesspezifische Eigenheiten auftreten. Auch wenn alles zu Recht als Wirtschaftsnationalismus bezeichnet wird, gibt es eine Reihe von Ursachen, die nicht immer alle zutreffen und so zu großen Unterschieden in der tatsächlichen Form des Wirtschaftsnationalismus führen – und somit eine umfassende Definition erschweren. In Afrika war dabei nicht der Faktor der wirtschaftlichen Dekolonisation entscheidend, sondern vielmehr die interne Dynamik der postkolonialen Staatswerdung – also das Resultat der politischen Dekolonisation, und zum gewissen Grad auch der damit verbundenen Entscheidung, wirtschaftliche Fragen im politischen Prozess der Staatswerdung auszuklammern.

96 *Claude Ake*, Presidential Address to the 1981 Conference of the Nigerian Political Science Association, in: *West Africa*, 25.5.1981, S. 1163 (eigene Übersetzung). Diese Beschreibung ähnelt Jean-Francois Bayarts Darstellung des Staates, vgl. *Bayart*.

97 *Collins*; *Biersteker*; *Decker*, S. 315–318.

98 *Kobrin*.

99 Vgl. hier die Debatten zum Staat in Afrika.

## III. FAZIT

Die Dekolonisation in Afrika, auch wenn sie einer sozialen Protestbewegung entsprang, verwandelte sich in ein rein politisch-administratives Projekt, das die Hoffnung auf sozialen Aufbruch, zukünftigen Wohlstand und internationalen Respekt enttäuschte. Es besteht ein allgemeiner Konsens, insbesondere im anglo-amerikanischen Forschungsfeld, dass zeitgenössische wirtschaftliche Fragen von den Architekten der Dekolonisation als nicht zentral für die politische Machtübergabe eingestuft wurden. Problematisch hingegen erscheint, dass die historische Forschung ebenso angenommen hat, dass wirtschaftliche und soziale Fragen im Bezug auf die Dekolonisation nicht wichtig waren, da sie in den Bereich der Entwicklungswissenschaften ausgegliedert worden waren. Die Gesellschaftswissenschaften haben sich jedoch mit einer historischen Integration ihres Forschungsgegenstandes schwer getan. In den letzten Jahren haben insbesondere die Arbeiten von Frederick Cooper gezeigt, dass dies ein Feld von nachhaltiger Bedeutung ist.

Der Wirtschaftsnationalismus der Siebzigerjahre ist generell weniger von Historikern beachtet worden, doch in Anbetracht dessen, dass gegenwärtig Archive für diesen Zeitraum zugänglich werden, bleibt zu hoffen, dass sich dies in Zukunft ändern wird. Insbesondere für die transnationale und Kulturgeschichte sollten die ideologisch-politischen Ambitionen dieser Periode und ihre gegenwärtigen Echos in den verschiedenen Anti-Globalisierungsbewegungen von Interesse sein. Das Verschieben von wirtschaftlichen und sozialen Fragen von der Dekolonisation auf das spezifische Konzept des *development* hat zu einer zeitlich verzögerten Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Inhalten der Unabhängigkeit geführt. Die Hoffnungen, die in der Endphase des Kolonialismus geweckt wurden, stellten sich als zu optimistisch heraus, als sie mit der Wirklichkeit von Armut, Unterentwicklung und mangelnder Infrastruktur konfrontiert wurden. Diesem politischen Sprengstoff konnten sich die Kolonialregierungen und ihre direkten Nachfolger zunächst erfolgreich entledigen. Eine historisch fundierte Auseinandersetzung mit der Entwicklung des postkolonialen Staates und dem wirtschaftlichen Umbruch hat in einigen Fällen bereits zu neuen Interpretationen geführt.

Was bedeutet es für das heutige Afrika, dass wirtschaftliche Fragen während der Dekolonisation den politischen Realitäten untergeordnet wurden? Die Unabhängigkeit zu verschieben, bis die Kolonien wirtschaftlich unabhängig wurden, war politisch untragbar und hätte bedeutet, dass manche afrikanische Staaten wahrscheinlich noch heute Teil eines Kolonialreiches wären. Die Verschiebung des Entwicklungsproblems auf die Schultern von Experten einer neuen akademischen Disziplin, die sich langfristig institutionell mit der Sachlage auseinandersetzen würde, erscheint als eine Lösung, die besonders im Zusammenhang mit kontinuierlicher Wirtschaftshilfe der ehemaligen Kolonialstaaten politisch mehrheitsfähig war. War dies »die Tragödie der Dekolonisation«? In gewisser Hinsicht ja: die Entpolitisierung der Armut und der Entwicklungshilfe, die zu rein wirtschaftswissenschaftlich-technischen Problemen werden, die objektiv am Reißbrett zu lösen sind, ist ebenso problematisch wie die hochgradige Politisierung eines wirtschaftlichen Problems, das eine effektive Lösung durch die Anspruchshaltung der gesellschaftlich Mächtigen in armen Ländern unterläuft.

Wirtschaftsnationalismus war so einflussreich in afrikanischer Politik, weil dies eine Haltung war, die moralische Ansprüche aus der Kolonialgeschichte mit der zeitgenössischen Situation verband, und somit legitimierte, dass Afrikaner Anteil an allen Firmen und wirtschaftlichen Aktivitäten in ihrem Staatsgebiet beanspruchen konnten.<sup>100</sup> Dabei

100 Zur Rolle der Moral in der Wirtschaft und dem politischen Diskurs Afrikas vgl. *James Ferguson*, De-Moralizing Economies: African Socialism, Scientific Capitalism, and the Moral Politics of Structural Adjustment, in: *ders.*, *Global Shadows: Africa in the neoliberal World Order*, Durham 2006, S. 69–88.

griffen Politiker auf eines der wichtigsten Ereignisse in der eigenen Zeitgeschichte zurück: die Dekolonisation. Armut und mangelndes Wirtschaftswachstum wurden zurückgeführt auf multinationale Firmen als Urheber, die als eine neue Form der Kolonisation dargestellt wurden. In den Siebzigerjahren wurde Afrikas schlechte Wirtschaftssituation international durch koloniale Altlasten begründet. Innerhalb afrikanischer Gesellschaften waren Forderungen nach größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit attraktiv, da sie eng mit dem lokalen Verständnis von Moral verbunden waren. Tatsächlich fand jedoch gleichzeitig eine Auseinandersetzung um staatliche Einkommen statt, in die multinationale Unternehmen wie auch andere Organisationen verwickelt wurden. Langfristig unterminierte die Politik die wirtschaftliche Basis, wie Robert Bates argumentierte, und führte letztendlich zum »verlorenen Jahrzehnt« Afrikas in den Strukturanpassungsprogrammen der Achtzigerjahre.<sup>101</sup> Trotz dieser Tatsache ist nach wie vor eine Politik, die die moralische Dimension der Armut thematisiert, sowohl für Afrika wie auch international wichtig. Somit sehen sich heute immer noch afrikanische Politiker und ausländische Entwicklungsinstitutionen vor einer ähnlichen Problematik, effektive Strategien, basierend auf wirtschaftlich sinnvollen Aktivitäten, anzubieten, die gleichzeitig sozial und politisch tragfähig sind.

---

101 Bates; Tetzlaff/Jakobeit, S. 247–248.